

**Lieber
ohne
Unfall
leben**



51

SEPTEMBER / OKTOBER 1960

WERKMITTEILUNGEN

STAHL- UND RÖHRENWERK REISHOLTZ GMBH DÜSSELDORF REISHOLTZ



Lieber
ohne
Unfall
leben

Wenn man sich schon dazu versteigt, Menschen als „die geheimen Verführer“ zu bezeichnen, nur weil sie es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Erzeugnisse der Industrie durch Werbung an den Mann zu bringen, dann steckt doch darin das Eingeständnis, daß diese Menschen die besondere und seltene Fähigkeit besitzen, andere Menschen zu beeinflussen. Diese Fähigkeit müßte sich also auch in einem besseren Sinne nutzbar machen lassen, als sie zum Verkaufen zu „mißbrauchen“. Wie wäre es da mit der „Verführung“ zur Verhütung von Unfällen? In unserem Beitrag „Mr. Andrews verkauft nicht nur Automobile“ sagt uns ein Unternehmer, daß die Unfallverhütung sehr wohl ein Arbeitsgebiet der Werbung sein kann, eigentlich sein müßte. Unsere Titelseite zeigt eines der selten anzutreffenden Plakate, die in knappster Form eine sofort erfaßbare Aussage zur Unfallverhütung enthalten.

- Klaus J. Bohr 134 Mr. Andrews verkauft nicht nur Automobile
- * 137 Tarifliche Lohnveränderungen
- Josef Uhlenbrock 138 Lohnkosten und Sozialaufwendungen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
- * 138 Die zwölfstellige Zahl
- Heinz Fach 139 50 Jahre Betriebskrankenkasse
- * 144 Wissen Sie, wo Schildgen liegt?
- Erich Pohl 148 Besuch beim Nachbarn
- * 154 Aus unserer Werkbücherei
- Balthasar 156 Über die Höflichkeit im Betrieb

MR. ANDREWS

verkauft nicht nur Automobile

Mr. Andrews ist der Chef des deutschen Zweiges der Ford-Automobil-AG. und sein Unternehmen ist weltbekannt. Seine Firma hat sich in Deutschland in den letzten Jahren sprunghaft vergrößert. Produktion und Belegschaft sind auf ein mehrfaches angewachsen. Mr. Andrews hätte also genug damit zu tun, sich um seine Bilanzen zu kümmern und Automobile zu verkaufen. Aber er macht sich darüber hinaus Gedanken über Dinge, die ihm in Deutschland aufgefallen sind, die ihn zunächst staunen ließen und, weil er sich als Unternehmer in unserem Land mitverantwortlich fühlt, nicht ruhen lassen. Der Chef der Ford-Werke, ein ebenso nüchterner wie erfolgreicher Geschäftsmann der amerikanischen Schule, hat in den Jahren seiner Tätigkeit in Westdeutschland klar erkannt, daß trotz aller offiziellen Selbstbeweihräucherung mit der Arbeitssicherung bei uns etwas nicht stimmt. Das war für ihn Anlaß genug, die Mißstände untersuchen zu lassen und die Ergebnisse wie auch seine Meinung hierzu vor der Industrie- und Handelskammer in Köln führenden Wirtschaftsleuten und Sachverständigen darzulegen.

Es ist durchaus nicht verwunderlich, wenn der Chef eines erfolgreichen Unternehmens von Zahlen ausgeht, denn sie geben den klarsten und unverbindlichsten Ausgangspunkt für eine Beurteilung der Lage ab. Es war schon sehr interessant, was Mr. Andrews da ausgegraben hatte und uns Deutschen auf den Tisch legte. In der Bundesrepublik verlaufen jährlich etwa 13 000 Unfälle im Straßenverkehr, 7 000 Unfälle in Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, 5 000 Unfälle in der sonstigen Öffentlichkeit, 8 000 Unfälle in den Haushalten tödlich.

33 000 Tote jährlich, das entspricht etwa der Totalvernichtung einer Stadt wie Düren. Und das mitten im Frieden! Bemerkenswert, daß diese Zahlen im Zusammenhang noch nie von irgendwelchen deutschen Stellen mit einer solchen Offenheit genannt worden sind und daß wir sie von einem amerikanischen Wirtschaftsführer erfahren müssen. Bei der Arbeit werden jährlich in der Bundesrepublik etwa 2,5 Millionen Menschen verletzt, das sind so viele, wie die Städte Hamburg, Düsseldorf und Köln zusammen Einwohner haben.

Es gibt Leute, die weisen es aus leider nur allzu verständlichen Gründen weit von sich, die deutschen Unfallzahlen mit denen anderer Länder vergleichen zu lassen. Die merkwürdigsten Gründe müssen da sehr oft als Ausrede herhalten. Ein Geschäftsmann, dessen eigene Bilanz schlecht aussieht, wird aber auf keinen Fall auf einen Vergleich seiner Ergebnisse mit anderen Firmen derselben Branche verzichten. So auch Mr. Andrews. Hier mußten alle diejenigen, die die deutschen Unfallzahlen im Bereich eines undurchdringlichen Nebels lassen möchten, sich von einem Geschäftsmann sagen lassen, daß zumindest die Entwicklungstendenzen des letzten Jahrzehnts ein erschreckend klares Bild geben: Unsere Unfallkurven steigen ständig noch an, während die anderer Länder, besonders diejenigen der USA, ununterbrochen sinken. Andrews: „Diese Tendenz läßt sich wohl nicht hinwegleugnen.“ Ein Unternehmen, das mit steigenden Verlusten arbeitet, wird sich selber und

auch seinem Aufsichtsrat Klarheit über die Gründe des Mißerfolgs geben müssen. Wir hier in Deutschland sind es seit Jahren gewohnt, daß man über steigende Unfallziffern schamhaft hinwegsieht und im Rahmen der gesetzlichen Unfallversicherung auch noch mit einem gewissen Stolz auf den Anstieg von ärztlichen Versorgungs- und Rentenleistungen hinweist. Auch an diesen Tatbestand ging Mr. Andrews als nüchtern denkender Kaufmann heran. Er fand, daß es mit der Unfallverhütung in Deutschland zunächst deshalb so schlecht stehe, weil sich die Beteiligten, hier vor allem jedoch die Wirtschaft, nicht über die enormen Kosten im klaren seien, mit denen die Unfälle uns täglich belasten. Er bestätigte die schon auf dem Düsseldorfer Kongreß für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin von Direktor Strohmenger (HOAG) genannte Zahl von jährlich über fünf Milliarden DM Unfallkosten für die gewerbliche Wirtschaft. Er rechnete aus, daß diese Verluste den Gesamtjahresumsatz von zwei Riesenunternehmen wie Krupp und Volkswagenwerk zusammen oder Daimler-Benz und Mannesmann zusammen ausmachen.

Dann stieß sich Mr. Andrews an einem anderen wunden Punkt der Sache, nämlich an der längst überholten gesetzlichen Struktur der Unfallversicherung Deutschlands. Eine Unzahl von genauso fein ausgefeilten wie unlesbaren, weil in Kanzleideutsch verfaßten technischen Unfallverhütungsvorschriften, riesige Apparate der Berufsgenossenschaften, hohe Versorgungsleistungen und letzten Endes: Mißerfolg und steigende Unfallzahlen. Dem gegenüber stellte er die amerikanischen Verhältnisse der Unfallverhütung, die Selbstverantwortung aller, Arbeitnehmer wie Arbeitgeber.

In dieser, für den Stand der heutigen Wirtschaft unglücklichen Konstruktion unserer Unfallversicherung sieht Mr. Andrews einen der Hauptgründe unseres Nachhinkens. Zunächst einmal mußten sich die Verantwortlichen der Berufsgenossenschaften wieder einmal bescheitigen lassen, daß, gemessen an ihrem Gesamtaufwand, ein lächerlich geringer Teil der Mittel in der Unfallverhütung investiert wird. (Offiziell werden etwas mehr als zwei Prozent der Gesamtumlage als Unfallverhütungsaufwand ausgewiesen. Wenn man aber die Verwaltungs-, Büro- und Reisekosten, die in dieser Summe enthalten sind, berücksichtigt, kommt man auf höchstens 0,5 Prozent der Umlagen, die wirklich für Werbung, Schulung und ähnliches ausgegeben werden.)

Kein Wunder also, meinte Mr. Andrews, wenn die Unternehmensleitungen in Deutschland nicht gerade einen direkten Anreiz zu besonderen Aktivitäten auf dem Feld der betrieblichen Unfallverhütung haben: „Durch den großen räumlichen Abstand sehen die Unternehmer nicht mehr die Schmerzen, das Siechtum, die Erwerbsminderung und den sozialen Abstieg. Man erinnert sich selbst vielleicht, falls man zufällig ein Krankenhaus besucht oder sich einer turnusmäßigen Untersuchung beim Arzt unterzieht. Die Aufwendungen der Berufsgenossenschaften für Heilbehandlungen und Renten tragen die Unternehmen. Durch das Prinzip der Genossenschaftshaftung trägt jeder seinen Anteil, unabhängig vom Unfallgeschehen in seinem Betrieb. Seit 75 Jahren werden diese Beiträge als unabänder-

liche soziale Ausgaben in den Betrieben abgebuht." Warum also sollte man etwas tun, wenn ohnehin der Unternehmer an den direkten Unfallkosten anscheinend nichts zu ändern vermag? Was noch schlimmer ist: die indirekten Kosten, die beim Unfall im Betrieb entstehen, und zwar durch

- Sachschäden
- Arbeitszeitausfall
- Gewinneinbuße
- Untersuchungskosten
- Erste Hilfe
- Einstellung und Ausbildung neuer Mitarbeiter

kenne die Mehrzahl der Unternehmer gar nicht. Noch nie seien in der deutschen Wirtschaft diese Kosten wirklich ermittelt worden. (Als erstes Unternehmen in Deutschland will die Ford AG über einen Forschungsauftrag in ihren eigenen Betrieben die direkten und indirekten Unfallkosten ermitteln lassen.)

Seit Jahrzehnten wurde in Deutschland mit durchschlagendem Mißerfolg dem Prinzip gehuldigt: Unfallvergütung geht über Unfallverhütung. Kein Wunder, wenn Mr. Andrews dies geradezu absurd fand. Die Konstruktion unserer Berufsgenossenschaften und ihr Finanzgebaren, so meinte er, gäben der Industrie keinen Anreiz zu aktiver Unfallverhütungsarbeit. Die Unternehmer selber nähmen die Unfallverhütung nicht ernst genug und täten bei weitem nicht das, was sie, gemessen an amerikanischen Maßstäben, tun müßten. Doch auch den Gewerkschaften warf Mr. Andrews vor, daß sie zu sehr die Entschädigungsleistungen nach Unfällen im Auge haben und zu wenig für die eigentliche Unfallverhütung fordern. Wo bleiben beispielsweise im Tarifvertrag verankerte Bestimmungen für den betrieblichen Arbeitsschutz? Wo seien im Apparat der Gewerkschaften große und leistungsfähige Abteilungen zu finden, die sich mit den nötigen Vollmachten und dem nötigen Gewicht der Aufgabe der Unfallverhütung widmen könnten, wie das bei amerikanischen Gewerkschaften selbstverständlich sei?

Die traurige Konsequenz dieser umfassenden Misere zeige sich dann naturgemäß im Betriebsablauf. Zunächst für die Unternehmensleitung und die Führungskräfte. Hier stellte Mr. Andrews fest:

- mangelhafte Kenntnis vom Unfallgeschehen,
- mangelhafte Kenntnis der Sicherheitsforderungen und -regeln,
- Leistungen auf dem Gebiete der Arbeitssicherheit blieben für die Beurteilung der Führungsqualitäten unberücksichtigt.

Neben der völlig unzulänglichen Unfallstatistik in Deutschland bemängelte Mr. Andrews: „Fehlern nachzugehen und sie auszuschalten ist eine wesentliche Aufgabe der Führungskräfte. Für die Unfälle scheint das merkwürdigerweise nicht zu gelten. Die Erkenntnis, daß Unfälle nicht einfach passieren, sondern Ursachen haben, ist noch längst nicht Allgemeingut. Planmäßige Ermittlung der Unfallursachen durch Meister oder Betriebsleiter findet man nur in Ausnahmefällen. Weder die Berufsschulen, Meisterlehrgänge, Ingenieurschulen und Technischen Hochschulen vermitteln, von Ausnahmen abgesehen,

das notwendige Wissen auf diesem Gebiet, noch enthalten Lehrbücher in der Regel etwas darüber. Aus diesem Grunde bleibt das Gebiet für die nachdrängenden jungen Führungskräfte uninteressant. In den Vereinigten Staaten werden dagegen auch hier hohe Anforderungen gestellt, wenn jemand aufsteigen will.“

Entsprechende Mängel sieht der Ford-Direktor dann auch auf der Seite der Arbeiter:

- Bei den Arbeitern in der Bundesrepublik sind mangelndes Sicherungswissen, mangelnde Erfahrung und mangelndes Sicherheitsbewußtsein die häufigsten Ursachen für sicherheitswidriges Handeln.
- Das wiederum hat drei wesentliche Gründe: Mangelnde Aufklärung, Belehrung und Werbung. Fragen der Sicherung gegen Unfälle bleiben bei Berufsausbildung und bei der Arbeitseinweisung häufig unbeachtet. Auch die Vertreter der Arbeiterschaft, die Gewerkschaften, machen ihren Einfluß auf ihre Mitglieder in bezug auf die Sicherung nicht in ausreichendem Maße geltend, wie das z. B. in Amerika der Fall ist.
- Das Wissen um die weitgehende finanzielle Sicherung im Falle der Arbeitsunfähigkeit schafft leider keinen fruchtbaren Boden für die Eigenverantwortung zur Unversehrtheit des Körpers.
- Die innere Einstellung und Mentalität der Bundesbürger ist von Natur aus nicht sicherungsbewußt. Im Gegenteil bringt gefährliches Handeln dem Betreffenden die Hochachtung seiner Umgebung ein.“ (Falsches Heldentum)

Mr. Andrews als höflicher Amerikaner wollte jedoch nicht nur kritisieren, sondern helfen. Die Tatsachen allerdings, die hinter seinen Ausführungen standen, sind so bedrückend, daß sie bereits für sich eine Anklage darstellen. Die stumme Frage, die unausgesprochen über allem stand, lautet: „Wie lange können wir uns das noch leisten?“ Die Wege, die gegangen werden müssen, sind einleuchtend: Aktivierung unserer Bemühungen für den Arbeitsschutz in der Öffentlichkeit, auf der Ebene der Unternehmensleitung und in den Betrieben selber, und zwar durch

- Koordination
- Erziehung
- Werbung

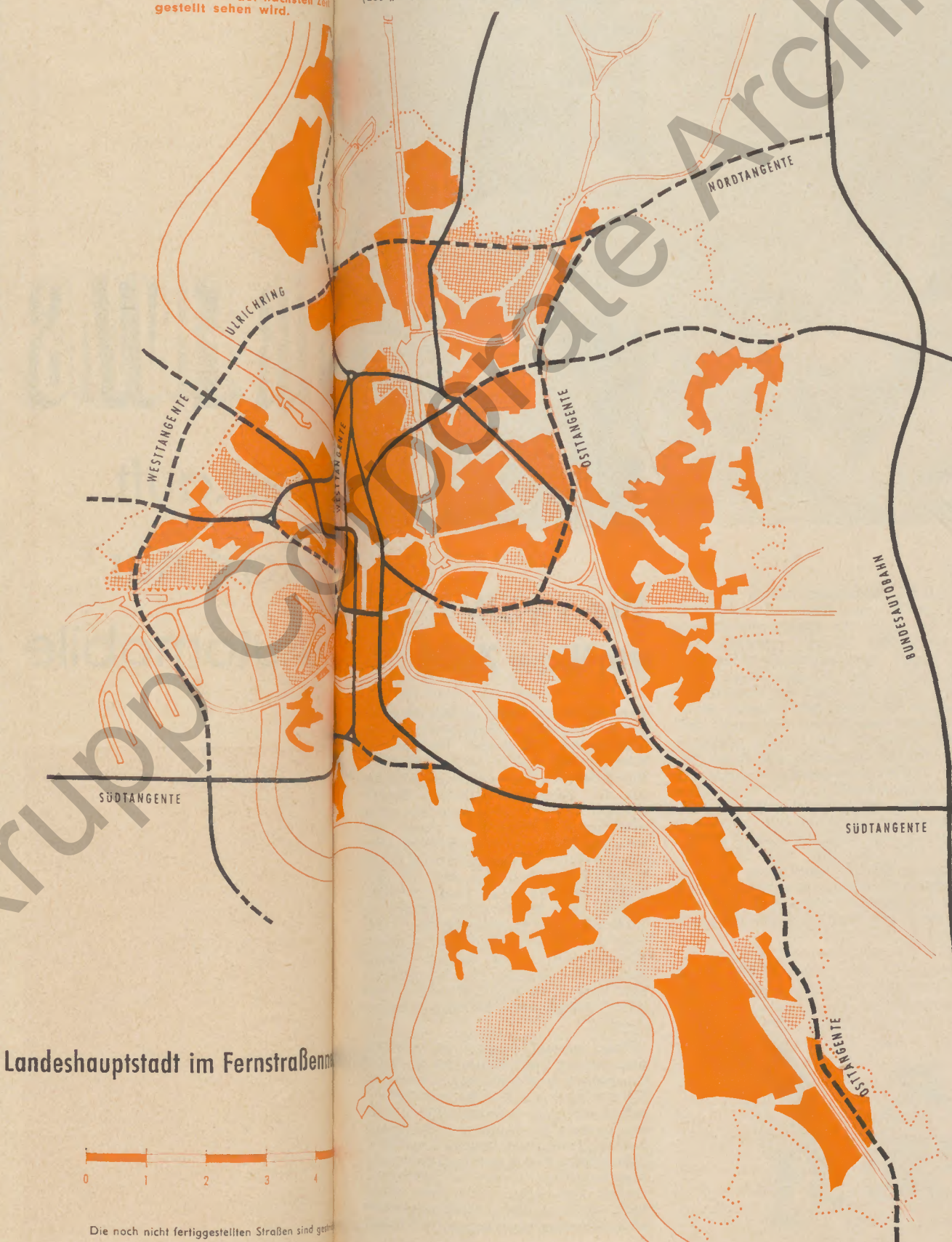
„Wir müssen“, so meinte Mr. Andrews, „die Idee der Sicherung gegen Unfälle in allen Lebensbereichen verkaufen, so wie man Lebensmittel, Zigaretten, Maschinen, Autos, Staubsauger verkauft durch Presse, Film, Funk, Fernsehen, Broschüren, Plakate, Anzeigen, Ausstellungen, Schulen, Universitäten und Kirchen.“

Vieles aus den Ausführungen des Ford-Direktors mag für die Fachleute nicht neu gewesen sein. Das Wichtigste dieses Vortrages, und gerade das fanden wir so großartig, war die Tatsache, daß hier ein Wirtschaftsführer die Frage der Arbeitssicherheit aufgriff und ungeschminkt darlegte. Mr. Andrews, der amerikanische Unternehmer in Deutschland, hat für die Unfallverhütung eine Bresche geschlagen. Wir haben Grund, ihm dafür zu danken.

Klaus J. Bohr

Der Straßenbau im Kampf gegen die Verkehrsunfälle. Leider ist seine Durchführung gemessen an der Verkehrsentwicklung, hoffnungslos im Hintertreffen. Dadurch ist diese Situation aber auch zu einem Faktor unbestimmter Größe in der Beurteilung der Marktverhältnisse geworden, vor die sich die Automobilindustrie in der nächsten Zeit gestellt sehen wird.

(aus „Unsere große Stadt“, Werbeschrift der Landeshauptstadt Düsseldorf)



Landeshauptstadt im Fernstraßen



Die noch nicht fertiggestellten Straßen sind gestrichelt

Tarifliche Lohnveränderungen

Nach dem neuen Tarifabkommen vom 26. Juli 1960, zwischen dem Arbeitgeberverband Eisen- und Stahlindustrie e. V. und der Industriegewerkschaft Metall, wird ab 1. Juli 1960 der Lohnschlüssel der betrieblichen Arbeitsverhältnisse um 8,5 Prozent erhöht (siehe Tabelle).

Zuschläge:

1. Tariflicher Lohnausgleich

Die Geschäftsführung und die Betriebsräte der Werke Reisholz und Oberbilk sind übereingekommen, den bisherigen tariflichen Lohnausgleich vom 1. April 1957, in Höhe von 3 Pf. je Stunde, in alle Arbeitswertlohngruppen einzubauen.

Sollten die Tarifparteien über diesen tariflichen Lohnausgleich anderweitige Regelungen treffen, so behält sich die Geschäftsführung vor, gegebenenfalls die obige Festlegung durch die tariflichen Bestimmungen zu ersetzen.

2. Regelmäßige Schichtarbeit an Samstagen

Für die regelmäßige Schichtarbeit an Samstagen, in der Zeit von 6 bis 22 Uhr, soweit sie nicht Mehrarbeit ist, wird ab 1. Juli 1960 15 v. H. vom Tariflohn des Facharbeiters (Zeitlohn) je Arbeitsstunde für alle Voll-Lohnempfänger*) gezahlt.

3. Nachtschichtzuschlag

Der bisherige Nachtschichtzuschlag (15 Prozent auf den Tariflohn für Zeitlohnarbeiter, bisher 30 Pf. je Stunde) wird ab 1. Juli 1960 auf 33 Pf. je Stunde für alle Voll-Lohnempfänger*) erhöht.

4. Samstagnachtszuschlag

Der bisherige Samstagnachtszuschlag (50 Prozent auf den Tariflohn für Zeitlohnarbeiter, bisher DM 1.02) wird auf DM 1.10 für alle Voll-Lohnempfänger*) erhöht.

*) Voll-Lohnempfänger = Lohnempfänger ab 21 Jahre.

Lohntabelle

Gültig ab 1. Juli 1960

Lohngruppe	Wertzahl	Arbeitswertlohn DM *)	Festlohn = 174,14 Pf.	
			Punktwert = 4,77 Pf.	
I	bis 6	2,03 + 3 Pf. = 2,06		
II	üb. 6—8	2,08 + 3 Pf. = 2,11		
III	" 8—10	2,17 + 3 Pf. = 2,20		
IV	" 10—12	2,27 + 3 Pf. = 2,30		
V	" 12—14	2,36 + 3 Pf. = 2,39		
VI	" 14—16	2,46 + 3 Pf. = 2,49		
VII	" 16—18	2,55 + 3 Pf. = 2,58		
VIII	" 18—20	2,65 + 3 Pf. = 2,68		
IX	" 20—22	2,74 + 3 Pf. = 2,77		
X	" 22—24	2,84 + 3 Pf. = 2,87		
XI	" 24—26	2,93 + 3 Pf. = 2,96		
XII	" 26—28	3,03 + 3 Pf. = 3,06		
XII/Vo	"	3,12 + 3 Pf. = 3,15		

Lohnempfänger erhalten:

im Alter unter 16 Jahren 55 Prozent
im Alter von 16 Jahren 70 Prozent
im Alter von 18 Jahren 95 Prozent
im Alter von 21 Jahren 100 Prozent

*) bisheriger tarifl. Lohnausgleich v. 1. 4. 57

Lohnkosten und Sozialaufwendungen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG

Es ist das Ziel der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die Lebenshaltung aller Menschen in diesem wirtschaftlichen Großraum zu verbessern. Deshalb wird die Entwicklung der Lohnkosten und der Sozialaufwendungen innerhalb der EWG-Länder die Leser unserer „Werkmitteilungen“ sicherlich interessieren.

In der Zeit vom 1. Januar 1950 bis zum 31. Dezember 1959, also in einem Zeitraum von 10 Jahren, haben sich die Bruttostundenverdienste in der Bundesrepublik im Nennwert um 91 Prozent erhöht. Die westdeutsche Realloohnerhöhung, d. h. die Lohnerhöhung unter Berücksichtigung der jeweiligen Preissteigerung, stellt sich auf 58 Prozent. Die Realloohnerhöhungen in den übrigen EWG-Ländern betragen in demselben Zeitraum

Frankreich	43 Prozent
Belgien	27 Prozent
Niederlande	19 Prozent
Italien	8 Prozent.

Die Reallohnzuwachsrate war somit in der Bundesrepublik am höchsten. Dabei ist jedoch zu beachten, daß die westdeutschen Löhne zu Beginn des 10jährigen Zeitraums den Löhnen der übrigen EWG-Länder etwas nachstanden.

Nun hat ein französisches Forschungsinstitut für den Monat April 1959 einen sehr aufschlußreichen Lohnkosten-Indexvergleich angestellt. Wenn man für diesen Monat die Bruttolöhne in Frankreich mit 100 ansetzt, ergeben sich für die übrigen EWG-Länder folgende Vergleichszahlen:

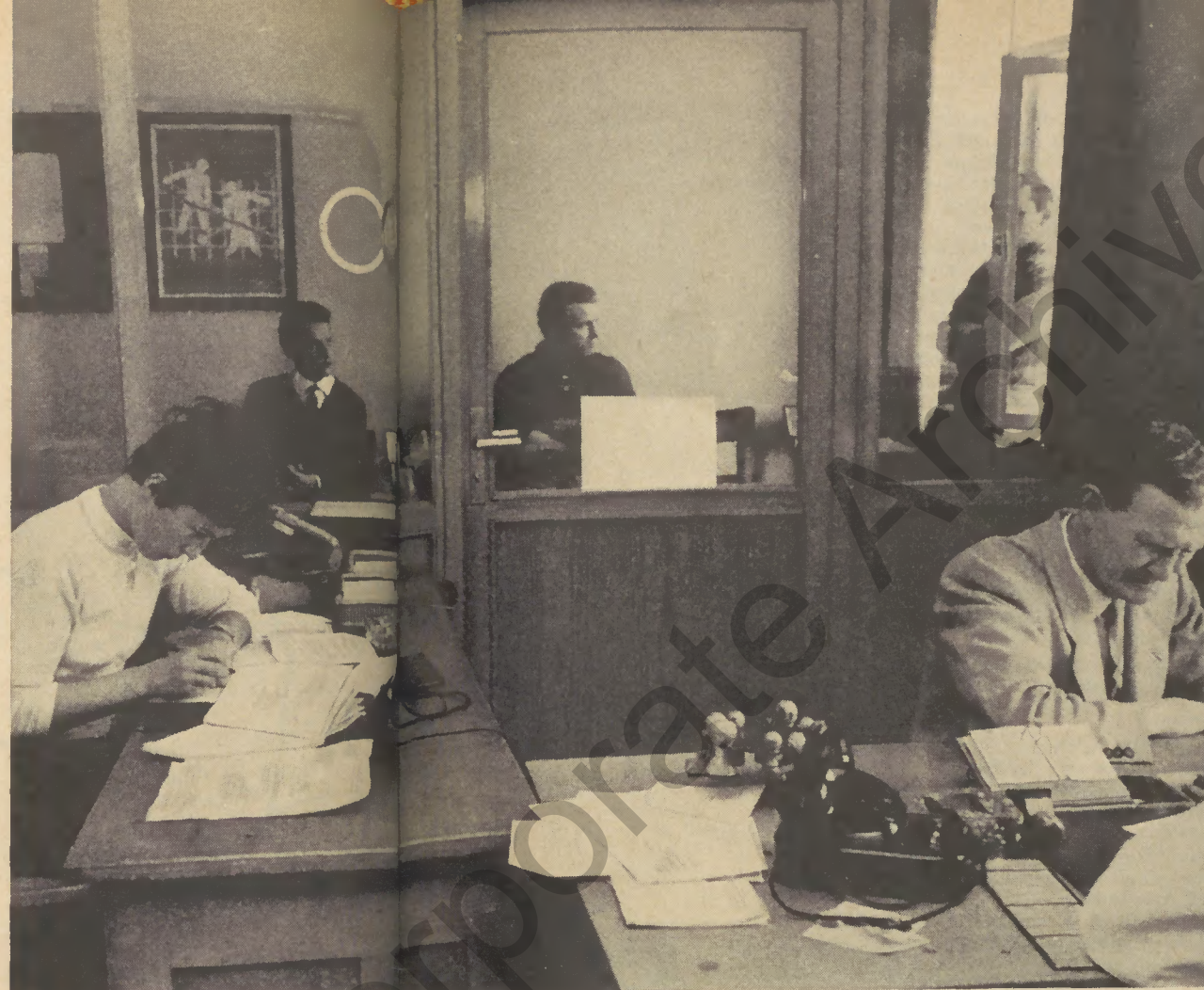
Bundesrepublik	109
Belgien	103
Italien	85
Niederlande	81

Aus dieser Übersicht ergibt sich einwandfrei, daß die westdeutschen Arbeiter im April 1959 die höchsten Bruttolöhne innerhalb der EWG erhalten haben. Das französische Institut nimmt ferner Stellung zu den gesetzlichen und freiwilligen Sozialaufwendungen in den einzelnen Ländern. Die sogenannten Lohnnebenkosten betragen in Prozentsätzen des Bruttolohns

Italien	74,0
Frankreich	50,0
Bundesrepublik	44,3
Belgien	31,0
Niederlande	30,1

Die niederländische Wirtschaft hatte somit im April 1959 prozentual die niedrigsten Personalaufwendungen.

Hohe Löhne und Gehälter stärken auf der einen Seite die Kaufkraft breiter Bevölkerungskreise innerhalb einer Volkswirtschaft und tragen somit zur Vollbeschäftigung in der Verbrauchsgüterindustrie wesentlich bei. Auf der anderen Seite sind die Personalaufwendungen in den meisten Wirtschaftszweigen ein bedeutendes Kostenelement und spielen daher für die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes auf den Weltmärkten eine erhebliche Rolle. In der westdeutschen Stahlindustrie wurden die Tariflöhne und Tarifgehälter mit Wirkung vom 1. Juli 1960 um 8 1/2 Prozent erhöht. Eine weitere Erhöhung um 5 Prozent erfolgt mit Wirkung vom 1. Juli 1961. So erfreulich diese Lohn- und Gehaltserhöhungen für unsere Belegschaftsmitglieder sind, so wichtig ist für unseren Industriezweig die Erhaltung seiner Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland. Die Arbeitsplätze aller Beschäftigten in der westdeutschen Stahlindustrie sind auf lange Sicht nur dann gesichert, wenn die Wettbewerbsfähigkeit unseres Industriezweiges gegenüber den ausländischen Hütten- und Stahlwerken nicht beeinträchtigt wird. Daher ist es von größter Bedeutung, daß die hohen Personalaufwendungen in der westdeutschen Stahlindustrie durch eine Senkung anderer Selbstkosten (z. B. Reparaturen, Energie, Steuern usw.) ausgeglichen werden.



Die zwölfstellige Zahl

Die Haushaltsdebatte im Bundestag hat — was charakteristisch ist für die gegenwärtige Phase der parlamentarischen Demokratie — in der Öffentlichkeit kaum ein Echo gefunden. Man hat, als die Etats der einzelnen Bundesministerien durchberaten wurden, einige allgemeine wirtschafts-, sozial- und finanzpolitische Reden gehört, mit mehr oder weniger interessanten parteipolitischen Färbungen, was man aber nicht gehört hat, das waren konkrete Forderungen oder gar formelle Anträge auf Kürzung der Bundesausgaben. Man wird an das alte englische, politische Bonmot erinnert, das besagt: „Fordert immer Sparsamkeit im allgemeinen, aber hütet euch ängstlich davor, jemals einen detaillierten Vorschlag zu machen...“

Wieder einmal ist es nicht gelungen, den Anstieg der öffentlichen Ausgaben zum Stehen zu bringen und es ist eigentlich nur noch der Bundesfinanzminister selbst, der sich — vergeblich — gegen die Lawine zu stemmen versucht. Es bestätigt sich von neuem der betrübliche Eindruck von der Verkehrung des ursprünglichen Sinnes der parlamentarischen Demokratie, von jener Wandlung, die aus einer Bremsvorrichtung einen Beschleuniger hat werden lassen.

Die Parlamente sind die Beschleuniger der öffentlichen Ausgaben geworden, statt daß sie sich ihre historische Funktion der Ausgabenkontrolle im Sinne einer Zügelung des Staatsaufwands bewahren. Die Bremsfunktion ist auf den Finanzminister übergegangen, aber er kann sie nicht wahrnehmen, wenn er nicht die ganze Regierung, das ganze Kabinett, hinter sich hat. Diese Stütze fehlt ihm, weil sich seine Kollegen offenbar selbst zu stark als parlamentarische Politiker empfinden.

Fast als einziger stand Etzel an der Klagemauer eines 42-Milliarden-Haushalts, fast als einziger warnte er vor den auf die Dauer unvermeidlichen Wirkungen, die eine 40-prozentige Staatsbeteiligung am Volkseinkommen auf die Wirtschafts- und Sozialordnung unseres Volkes ausüben muß, fast als einziger schilderte er die Dinge wie sie wirklich sind, vor allem auch die Gesamtsumme des öffentlichen Aufwands, die ja weit mehr als die Ausgaben des Bundes allein umschließt. Jene 42 Milliarden Bundesausgaben sind nur etwa 42 Prozent der in diesem Jahr auf rund 100 Milliarden DM anschwellenden Gesamtausgaben der verschiedenen Glieder der öffentlichen Hand. Bund, Länder, Gemeinden, Lastenausgleich, Sozialversicherungsträger usw. kommen 1960 zum ersten Mal mit ihren Ausgaben insgesamt auf eine zwölfstellige Zahl!

Kaum jemand — außer Franz Etzel selbst — scheint die symbolische Be-

deutung dieser Arithmetik richtig zu würdigen. In einer Atmosphäre der Resignation schaut alle Welt auf die „schreckliche Treppe“ unaufhaltsam steigender Staatsausgaben. Kaum jemand macht aber nur den Versuch, der öffentlichen Meinung das wahre Gewicht dieser öffentlichen Last begreiflich zu machen, die auf dem Volkseinkommen liegt. Was bedeutet denn eigentlich 100 Milliarden DM für den einzelnen Einkommensbezieher? Bei rund 25 Millionen Einkommensbeziehern in der Bundesrepublik ergibt sich pro Kopf eine Belastung mit Steuern, Zöllen, Zwangsbeiträgen usw. von etwa 4000 DM pro Jahr, also von rund 300 DM pro Monat. 300 DM monatlich kostet jeden von uns im Durchschnitt der Vater Staat. Der Vergleich mit dem Durchschnittseinkommen des Arbeiters



von zurzeit etwa 450.— bis 500.— DM zeigt unmittelbar, daß die „zweite Einkommensverteilung“ zu Größenordnungen angewachsen ist, die dem Prinzip der Gleichwertigkeit von Leistung und Gegenleistung in der Volkswirtschaft völlig widersprechen. Nimmt man hinzu, daß mehr als ein Drittel aller Einkommensbezieher keine direkten Steuern zahlt, so beleuchtet dies erstrecht die Verzerrung unserer finanzpolitischen Entwicklung.

In den haushaltrechtlichen Debatten wird immer wieder darauf hingewiesen, daß der öffentliche Aufwand schon aus dem Grunde nicht zurückgeschraubt werden könne, weil er fast ausschließlich auf Gesetzesfundament ruhe; Ausgaben, die sich aus der legislativen Arbeit des Parlamentes ergeben, seien damit gewissermaßen unantastbar. Das ist formal wohl richtig. Aber damit wird die Diskussion in einer anfechtbaren Weise willkürlich beschnitten. Gerade an diesem Punkte setzt ja überhaupt erst die Verkehrung der Parlamentsfunktion ein. So sehr eine politische Zwangsläufigkeit beispielsweise bei den Verteidigungsausgaben gegeben sein mag, so sehr an anderen Stellen zwingende Gründe wirklich sein mögen, so abwegig ist die Berufung auf den Gesetzgeber bei fast allen anderen Kapiteln der öffentlichen Haushalte. Es sind politische Willensentscheidungen, die den Kreis und das Maß der staatlichen Obliegenheiten bestimmen, und menschliche Entschlüsse, die dafür maßgebend sind.

50 Jahre Betriebskrankenkasse

Die Betriebskrankenkasse des heutigen Unternehmens Stahl- und Röhrenwerk Reisholz GmbH, Düsseldorf-Reisholz, wurde am 1. 9. 1910 gegründet unter der Firmierung „Krankenkasse für die Fabrik der Press- und Walzwerk AG, Reisholz bei Düsseldorf“. Die BKK nahm am 1. 1. 1944 die am 31. 12. 1943 aufgelöste BKK der Firma Oberbilker Stahlwerk, vorm. C. Poensgen, Giesbers & Cie. auf, die bereits seit dem Jahre 1867 im Oberbilker Stahlwerk als sog. Fabrik-Krankenkasse bestanden hat.

Die noch vollständig vorhandenen Niederschriften über die Sitzungen des Vorstandes und der Vertretung der Mitglieder sagen leider über die Gründe der Errichtung der BKK nichts aus. Herr Franz Soquard, der der 1. Generalversammlung als Mitglied angehört hat, berichtete uns hierzu, daß die BKK nach Übernahme des Unternehmens durch Herrn August Thyssen auf seinen Wunsch errichtet worden sei nach dem Vorbild der bereits im Jahre 1869 errichteten BKK des Stahl- und Walzwerkes Thyssen in Mülheim/Ruhr. Die BKK zählte bei ihrer Errichtung 849 Mitglieder, während sie am 30. 6. 1960 4836 Mitglieder betreute. Zusammen mit deren Familienangehörigen beträgt die Zahl der von der BKK Betreuten rd. 11 000. Die Zahl der Mitglieder ist nicht gleichmäßig gestiegen, sie schwankte vielmehr in Anpassung an die allgemeine Wirtschaftslage und die des Unternehmens. Seit 1946 hat sie entsprechend der Beschäftigungszahl im Unternehmen gleichmäßig zugenommen. Eine Ausnahme allerdings bildet das Jahr 1956, als die Rentner durch die Reform der Krankenversicherung der Rentner wieder Mitglied ihrer bisherigen Kasse werden konnten. Der Zuwachs an Mitgliedern betrug dadurch 572, während am 30. 6. 1960 insgesamt 849 Rentner als Mitglieder gezählt wurden.

Seit Errichtung der BKK haben sich ihre Organe um den Ausbau der Leistungen bemüht. In der 1. Satzung finden wir, den damaligen Verhältnissen angepaßt, nur wenige Mehrleistungen. Aber bereits 7 Monate nach Errichtung der BKK wurde die erste Leistungserhöhung durchgeführt: Zahlung des Krankengeldes vom 1. Tag der Arbeitsunfähigkeit an bei Betriebsunfällen.

In der gleichen Sitzung wurde „mit Rücksicht auf finanzielle Auswirkungen“ der Antrag, die Karrenztage bei einer Dauer der Arbeitsunfähigkeit von mehr als 7 Tagen wegfällen zu lassen, vorerst abgelehnt. Im Jahre 1917 wurde dann dieser Antrag aufgegriffen und beschlossen, die Karrenztage wegfällen

zu lassen, wenn die Arbeitsunfähigkeit länger als 15 Tage dauert. Dem Wegfall der Karrenztage folgte die Erhöhung des Krankengeldes auf 75 v. H. des Grundlohns. Nachdem nun das Krankengeld erhöht war, wurde die Dauer 1923 von 26 Wochen auf 39 Wochen erweitert. Die Familienhilfe, die zunächst im geringen Umfang gewährt wurde, konnte schon nach kurzer Zeit weit über den üblichen Rahmen hinaus ausgebaut werden ohne Erhebung von Zusatzbeiträgen. Die Leistungen wurden im Laufe der Zeit dem verbesserten Lebensstandard und den gestiegenen Lebenserwartungen entsprechend ergänzt und erhöht und haben zur Zeit folgenden beachtlichen Stand erreicht:

Ärztliche Behandlung

Die ärztliche Behandlung wird Mitgliedern und deren Familienangehörigen durch Vertragsärzte auf Krankenschein kostenlos ohne zeitliche Begrenzung gewährt.

Die Honorierung der Zahnärzte erfolgt nach Einzelleistung.

Arznei

Arzneiverordnungen durch Vertragsärzte werden von der Kasse voll übernommen; gegebenenfalls ist für das Verordnungsblatt eine Verordnungsgebühr in Höhe von DM 0.50 zu zahlen. Eine zeitliche Begrenzung ist nicht vorgesehen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Anspruch besteht auf die erforderlichen Mittel, soweit sie erprobt und wissenschaftlich anerkannt sind, ohne Rücksicht auf die Höhe der Kosten. Bei Mitteln mit derselben Wirkung allerdings hat der Arzt stets das wirtschaftlichere Mittel zu verordnen.

Kleinere Hilfsmittel,

Brillen und Bruchbänder in vertraglicher Ausführung werden gegen eine Verordnungsgebühr in Höhe von DM 0.50 in voller Höhe von der Kasse übernommen. Leibbinden, Fußstützen (Einlagen), Bäder, Massagen und andere kleinere Heilmittel in vertraglicher Ausführung bis zu DM 60.— je Verordnung werden ebenfalls voll übernommen. Übersteigt der Vertragspreis je Verordnung den Betrag von DM 60.—, so handelt es sich um ein „größeres Heilmittel“.

Größere Heilmittel

Von den Kosten größerer Heilmittel übernimmt die Kasse zunächst den Betrag von DM 60.—. An den diesen Betrag übersteigenden Kosten beteiligt sich die Kasse mit 60 v. H.

Instandsetzungskosten werden voll übernommen.

Hilfsmittel

Hilfsmittel im Betrag bis zu DM 60.— werden voll übernommen. Übersteigt der Rechnungsbetrag DM 60.—, so übernimmt die Kasse 60 v. H. der Gesamtkosten, mindestens jedoch 60.— DM und höchstens DM 150.—.

Zahnersatz

Zahnersatz in Vertragsausführung wird von der Kasse nach den vom Vorstand festgesetzten Richtlinien zu 90 v. H. bezuschußt. Zu den Kosten für eine Stahlplatte zahlt die Kasse einen weiteren Zuschuß in Höhe von DM 100.—. Bei festsitzendem Zahnersatz (Brücken,

In den 50 Jahren des Bestehens unserer Betriebskrankenkasse sind nicht nur die Leistungen den veränderten Zeitverhältnissen entsprechend fortschrittlich angepaßt worden, sondern auch die äußerliche Beziehung des Mitgliedes zur Kasse bei der Leistungsgewährung. Wer von den Älteren entsinnt sich nicht der aus Glas bestehenden Trennwände, die mit einer Klappe — dem sogenannten Schalterfenster — versehen waren? Ein Gespräch war nur möglich, wenn die Gesprächspartner in die Knie gingen bzw. einen Buckel machten. Aus dieser Zeit hat sich für die Leistungsabteilung einer Krankenkasse der Ausdruck „Schalter“ erhalten, obwohl er für unsere heutigen Verhältnisse so unpersönlich und deshalb längst durch die allgemein eingeführten Theken ersetzt ist. Die über der Theke stattfindenden Gespräche werden inmitten aller Öffentlichkeit geführt und können deshalb bei einer Krankenkasse nie zu einem rein persönlichen Gespräch werden. Auch diese Nachteile sind längst beseitigt. Die Gestaltung der Räume der Betriebskrankenkasse schafft heute die äußeren Voraussetzungen dafür, ein ganz persönliches Gespräch unter vier Augen und ohne jeden Zuhörer über Dinge zu führen, die keinen Zeugen brauchen.

Fotos: Horstmüller (2)



Kronen oder Stützflächen) übernimmt die Kasse pro Glied DM 40.—. Die Kosten notwendiger Reparaturen von Zahnersatz in Vertragsausführung werden voll übernommen.

Kieferorthopädische Behandlung

Die Kosten einer vom Vertrauensarzt befürworteten kieferorthopädischen Behandlung werden zu 50 v. H. übernommen.

Krankenhauspflege

Notwendige Krankenhauspflege wird kostenlos gewährt, für Mitglieder als Regelleistung bis zu 26 Wochen, als Mehrleistung bis zu 39 Wochen, für Familienangehörige für die gesetzliche Höchstdauer von 26 Wochen. Die Krankenhauspflege kann für Mitglieder von Fall zu Fall bis zu 52 Wochen gewährt werden. Verbleibt bei notwendiger Krankenhauspflege der Versicherte oder sein Angehöriger in seinem Haushalt, so werden die Kosten der Hauspflege durch anerkanntes Pflegepersonal gegebenenfalls von der Kasse voll übernommen.

Hausgeld

Versicherte erhalten neben der Krankenhauspflege ein Hausgeld. Es beträgt als Regelleistung — je nach Zahl der Angehörigen — 25 bis zu 100 v. H. des Krankengeldes. Als Mehrleistung beträgt das Hausgeld für Versicherte ohne zuschlagsberechtigte Angehörige

a) ohne eigenen Hausstand	30 v. H.
b) mit eigenem Hausstand	40 v. H.

des Krankengeldes.

Krankengeld

Arbeitsunfähige Kranke erhalten als Ersatz für entgangenen Arbeitsverdienst Krankengeld. Das Krankengeld wird gezahlt als Regelleistung für die Dauer von 26 Wochen und als Mehrleistung erweitert bis zu 39 Wochen und gegebenenfalls bis zu 52 Wochen. Das Krankengeld beträgt als Regelleistung in den ersten 6 Wochen der Arbeitsunfähigkeit, gestaffelt nach dem Familienstand, 65—75 v. H. des Grundlohns und von der 7. Woche ab 50 v. H. des Grundlohns (kalendertäglicher Arbeitsverdienst).

Als Mehrleistung ist das Krankengeld von der 7. Woche ab generell auf 60 v. H. des Grundlohns und durch Zuschläge nach dem Familienstand bis auf 75 v. H. des Grundlohns erhöht.

Badekuren

Bei ärztlich verordneten Badekuren übernimmt die Kasse die Kosten des Badearztes in voller Höhe und die Kurmittel bis zu DM 60.—. Für Ehefrauen werden nach vertrauensärztlicher Befürwortung die gesamten Kurkosten zur Hälfte, höchstens jedoch DM 200.— übernommen.

Kinderkuren

Kinderkuren werden von der Krankenkasse zusammen mit dem Unternehmen für den Versicherten kostenlos durchgeführt.

Wochenhilfe

Als Wochenhilfsleistung werden gewährt: Ärztliche Behandlung, Hebammenhilfe, Versorgung mit Arzneien und kleineren Heilmitteln. Außerdem erhalten weibliche Versicherte Wochen- geld für 4 bzw. 6 Wochen vor der Ent-

bindung in Höhe von 50 bzw. 75 v. H. des Grundlohns und für 6 Wochen nach der Entbindung in Höhe von 50 v. H. des Grundlohns.

Stillgeld wird in Höhe von DM 0.50 täglich bis zu 26 Wochen gewährt. Der Entbindungskostenbeitrag beträgt DM 10.—. Außerdem trägt die Kasse die Kosten einer Anstaltsentbindung und gewährt den Mitgliedern daneben Hausgeld.

Familienangehörige erhalten Wochen-geld für die Dauer von 4 Wochen vor und 6 Wochen nach der Entbindung als Regelleistung in Höhe von DM 0.50 und als Mehrleistung erhöht auf DM 0.75.

Stillgeld wird gezahlt als Regelleistung für 12 Wochen in Höhe von DM 0.25 täglich und als Mehrleistung erhöht auf DM 0.50 täglich für insgesamt 26 Wochen.

Der Entbindungskostenbeitrag beträgt als Regelleistung DM 10.— und als Mehrleistung erhöht auf DM 25.—. Daneben werden die Kosten der Anstalts-entbindung übernommen.

Sterbegeld

Sterbegeld wird als Regelleistung in Höhe des 20fachen und als Mehrlei-stung in Höhe des 40fachen Betrages des täglichen Grundlohns gewährt. Fa-milienangehörige erhalten die Hälfte des Mitgliedersterbegeldes. Für Tot-geburten wird als Mehrleistung ein

Familiensterbegeld in Höhe von DM 75.— gewährt.

Rentner erhalten ein Mitgliedersterbe-geld als Regelleistung in Höhe von DM 226.20 und als Mehrleistung erhöht auf DM 452.40 (20 bzw. 40facher Betrag des Grundlohns für Rentner, der sich jährlich ändern kann). Das Sterbegeld für Familienangehörige der Rentner be-trägt die Hälfte. Daneben wird Sterbe-geld aus der Zusatzversicherung ge-zahlt, soweit diese besteht.

Ausgaben pro Mitglied und Jahr

Den während des 50jährigen Bestehens verbesserten Leistungen entspricht nach-stehende Übersicht über die wichtigsten Ausgaben (in RM bzw. DM):

	Arzt u. Zahnarzt	Arzneien/ Heilmittel	Krankenhaus	Krankengeld
1911	6.50	3.87	5.91	23.19
1915	15.84	6.—	6.78	18.18
1920	18.17	6.23	14.16	45.59
1925				
1930	34.24	9.96	28.63	59.68
1935	16.86	10.01	23.56	38.61
1940	26.62	13.76	18.59	49.85
1945	22.77	11.16	11.53	79.42
1950	34.52	48.94	24.60	50.14
1955	60.46	50.64	34.30	127.16
1959	93.24	81.72	60.63	231.58

1959 betrugen die Ausgaben der Kasse DM 2 119 579.82, die sich auf die ein-zelnen Leistungsarten wie folgt ver-teilen:

	DM	%
Behandlung durch Ärzte	354 022.09	16,70
Behandlung durch Zahnärzte	81 530.98	3,85
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel aus Apotheken	263 245.56	12,42
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel von anderen Stellen	38 119.39	1,80
Zahnersatz	80 574.64	3,80
Krankenbehandlung in Anstalten	283 368.24	13,37
Krankenhilfe/Barleistungen	900 175.04	42,47
Verwaltungskosten	1 619.40	0,08
Sonstige Aufwen-dungen/Krankenhilfe, vertrauensärztlicher u. zahnärztlicher Dienst, Maßnahmen der Vor-beugung u. Verhütung, Wochenhilfe, Sterbe-geld, Abschreibungen	116 874.48	5,51
	100,—	

Einnahmen und Ausgaben

Die beschriebenen Leistungen sind nur dann möglich, wenn den durch sie bedingten Ausgaben mindestens gleich-hohe Einnahmen gegenüberstehen. Die erforderlichen Einnahmen bestehen fast ausschließlich aus Beiträgen. Die Bei-tragshöhe ist abhängig

1. vom Umfang und der Höhe der Leistungen
2. von der Inanspruchnahme durch die Mitglieder
3. von der Höhe der für Sachleistungen zu zahlenden Preise.

Die Leistungen sind ständig erweitert und erhöht worden. Das entspricht der Aufgabe einer Krankenkasse, nämlich kranken Menschen die größtmögliche Hilfe zur schnellen Wiedererlangung der Gesundheit angedeihen zu lassen. Um sicherzustellen, daß die „guten Lei-stungen“ im Interesse der Schwerkran-ken weiter gewährt werden können, daß im Interesse aller keine Beitrags-erhöhungen erforderlich werden, machen umfangreiche und hohe Leistungen die so unbeliebten Kontrollen notwendig.

Die Inanspruchnahme der Leistungen geht mit den Lebenserwartungen ein-her. Zum Beispiel reichte früher eine Brille aus, während es heute üblich geworden ist, eine Brille für die Arbeit und eine für die Freizeit zu beantragen.

Ernstliche Sorgen wegen ihrer Auswir-kung auf die Beitragshöhe machen in den letzten Jahren die ständig steigen-

den hohen Ausgaben an Krankengeld, bedingt durch Ansteigen der Arbeits-umfähigkeitsfälle. So waren von 100 Mitgliedern arbeitsunfähig krank

1950	51
1955	68
1959	84
1960	127, bezogen auf das 1. Halbjahr.

Die Preiserhöhungen beruhen einmal auf der Anwendung teurerer Heilmetho-den, die im Interesse der Gesundheit des Kranken liegen, und zum andern

in einer allgemeinen Kostensteigerung; bei den Krankenhäusern hingegen zum Teil auch auf dem Bestreben, die öffent-lichen Aufgaben mehr und mehr durch Preiserhöhung auf die Krankenkassen abzuwälzen, und schließlich bei Lief-eranten, Ärzten und Zahnärzten teil-weise auch, um mehr am Wirtschafts-wunder teilzuhaben, als gerechter-weise möglich ist.

Über die Auswirkungen von umfang-reichen und hohen Leistungen, ihrer steigenden Inanspruchnahme und von Preiserhöhungen gibt nachstehende Übersicht Auskunft:

Jahr	Beitrags-satz	Gesamt-Einnahmen	pro Kopf	Gesamt-Ausgaben	pro Kopf
1911	3,5 %	47 545.75	48.64	43 369.40	48.46
1915	3,5 %	63 457.32	71.22	62 236.88	69.85
1925	3,5 %	124 379.55	103.05	124 222.74	102.92
1930	4,8 %	215 601.44	150.14	215 695.61	150.20
1935	3,9 %	152 104.74	97.94	178 353.96	114.84
1940	3,9 %	280 774.38	133.19	256 994.69	121.91
1945	6,0 %	196 969.81	110.04	253 653.40	141.70
1950	6,0 %	548 160.06	228.78	411 530.15	171.75
1955	5,4 %	937 644.27	274.64	1 017 619.38	298.07
1956	6,0 %	1 184 286.23	301.82	1 211 370.34	309.73
1957	6,8 %	1 565 325.73	347.15	1 646 087.54	365.06
1958	6,8/8%	2 157 405.90	464.16	1 952 457.97	420.06
1959	9,0 %	2 310 535.30	494.34	2 119 579.82	453.48
1960*)	8,5 %	2 340 853.20	481.26	2 540 040.78	524.15

*) bezogen auf das 1. Halbjahr

Während Urlaubsreisen durch die alten
Rheinstädtchen, durch Dinkelsbühl und
Rothenburg, bei Reisen nach Bayern, Tirol
und Oberitalien können wir jahrhundertalte
Wirtshausaushängeschilder bewundern. Es
gibt noch zahlreiche verträumte Winkel zu
entdecken und schmiedeeiserne Schilder
wie das „Zum Mohren“ in Nördlingen in
Mittelfranken und „Zur Krone“ in Marktgrö-
ningen (Wittbg.) auf Seite 153.



50 Jahre Betriebskrankenkasse

(Schluß)

Aufgrund der guten Ergebnisse im Jahre 1959 wurde am 1. 10. 59 der Beitrag von 9 auf 8,5 v. H. gesenkt. Infolge der vermehrten Inanspruchnahme namentlich beim Krankengeld in den ersten acht zu übersehenden Monaten des Jahres 1960 muß ernstlich an eine Beitragserhöhung auf 9 v. H. gedacht werden. Nun, 9 v. H. ist kein geringer Beitragssatz. Soweit es sich um die Beitragshöhe handelt, werden Vertreterversammlung, Vorstand und Geschäftsführung der BKK genau so unzufrieden sein wie die Mitglieder selbst, nur tragen die Organe der Krankenkasse nicht die Schuld daran.

Sicherlich werden Sie jetzt an den auf Ihrem Lohnstreifen ausgewiesenen hohen Betrag des Sozialversicherungsbeitrages denken. Haben Sie auch überlegt, daß die Krankenkasse von diesem ausgewiesenen Betrag nur rund $\frac{1}{3}$ erhält, weil sie zusammen mit Ihrem Beitrag auch den Beitrag für die Rentenversicherung (14%) und Arbeitslosenversicherung (2%) einzieht? Bei einem Monatsverdienst von DM 500.— beträgt der Arbeitnehmeranteil DM 61.40, der sich wie folgt aufteilt:

Krankenversicherung	DM 21.30
Rentenversicherung	DM 35.09
Arbeitslosenversicherung	DM 5.01

Versicherte, denen der Arbeitgeber im Krankheitsfall Arbeitsentgelt weiter zu gewähren hat, erhalten Krankengeld soviel wie gar nicht. Da das Krankengeld den Großteil der Ausgaben ausmacht, bei uns im zweiten Halbjahr 1959 = 51 v. H., ist kraft Gesetzes der Beitrag dieser Versicherten entsprechend zu ermäßigen. Für diesen Personenkreis beträgt der Beitrag bei uns zur Zeit 4,9 v. H. des kalendertäglichen Arbeitsverdienstes.

Für einen Angestellten bei einem Verdienst von DM 500.— beträgt der Arbeitnehmeranteil DM 52.38 und setzt sich wie folgt zusammen:

Krankenversicherung	DM 12.28
Rentenversicherung	DM 35.09
Arbeitslosenversicherung	DM 5.01

Versicherte, die einer Ersatzkasse angehören, werden feststellen, daß die angegebenen Beträge von den von ihnen zu zahlenden abweichen. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Ersatzkassen im Gegensatz zur BKK nicht nach dem wirklichen Arbeitsverdienst (Stufen der Lohnsteuertabellen) abrechnen, sondern nach Lohnstufen (eine Lohnstufe = DM 30.—). Hierdurch ergeben sich Unterschiede sowohl nach oben als auch nach unten. Es kommt hinzu, daß der Beitrag der Ersatzkassen höher ist und je nach Kassenart 6,5 bzw. 6,6 v. H. beträgt, der Arbeitgeber aber nur den Anteil zu entrichten hat, den er zahlen mußte, wenn die Versicherung bei der BKK bestehen würde. Beispiel:

Bei einem Verdienst von DM 500.— beträgt der Beitragssatz 6,6%. Der Beitrag zur Krankenversicherung (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil) beträgt DM 33.66. Der Arbeitgeber zahlt seinen Anteil in Höhe des Beitrages der BKK

= DM 12.28, so daß für den Versicherten zu zahlen bleiben DM 21.38

Der Rentenversicherungsbeitrag beträgt	DM 71.40
abzügl. Arbeitgeberanteil	DM 35.09

bleibt für den Versicherten zu zahlen. DM 36.31

Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag beträgt	DM 10.20
abzügl. Arbeitgeberanteil	DM 5.01

bleibt für den Versicherten zu zahlen. DM 5.19

Der von dem Versicherten zu zahlende Gesamtbeitrag beträgt somit DM 62.88

Die Leistungsfähigkeit einer Krankenkasse muß auch für Krisenzeiten gesichert sein. Aus diesem Grund muß das Vermögen größer sein als die laufenden Ausgaben betragen. Es ist in einer bestimmten Höhe, errechnet nach den durchschnittlichen Ausgaben der jeweiligen Kasse, zu halten und darf eine bestimmte Höhe nicht überschreiten. Die Vermögenslage unserer BKK läßt sich anhand der noch vollständig vorhandenen Jahresrechnungen für die zurückliegende Zeit nachweisen.

Das Vermögen betrug

im Jahr	pro Kopf des Versicherten
1911	6.36
1915	25.95
1920	21.91
1925	
1930	96.—
1935	68.72
1940	51.87
1945	35.27
1950	136.22
1955	69.49
1959	112.39
30. 6. 1960	87.84

Finanzielle Schwierigkeiten ernsterer Art hat es, wie der Überblick zeigt, nicht gegeben. Vorübergehende Schwierigkeiten konnten durch insgesamt 17 Beitragsänderungen ausgeglichen werden. Als traurige Besonderheit bleibt zu vermerken, daß die BKK in beiden Weltkriegen erhebliche Vermögensteile durch die Anlage in Reichsanleihe verloren hat. Als Gegenstück zu diesem Vermögensverlust ist erfreulicherweise zu berichten, daß die Vermögenslage durch Spenden des Unternehmens aufgebessert werden konnte, und zwar 1918 um M 100 000.— und 1944 um RM 35 000.—. Für das Jahr 1959 betrug das Vermögenssoll DM 505 442.26 und das Vermögensist DM 525 290.64. Inzwischen hat unser Vermögen durch den gleichbleibend hohen Krankenstand in den ersten 8 Monaten des Jahres 1960 um ca. DM 100 000.— abgenommen.

Insgesamt betrachtet kann gesagt werden, daß die Erwartungen, die die Gründer in unsere BKK gesetzt haben, dank der guten Zusammenarbeit zwischen den Organen und dem Unternehmen erfüllt worden sind. Zum Wohle der Versichertengemeinschaft bleibt zu erhoffen, daß über die nächsten 50 Jahre ebenso Erfreuliches berichtet werden kann.

Heinz Fach

WISSEN, WO SCHILDGEN LIEGT?

Sie wissen es nicht? Nun, das ist kein Mangel an Allgemeinbildung! Aber, fragen Sie unsere Pensionäre, die wissen es bestimmt — jetzt! Reisholz Benrath-Langenfeld-Opladen-Schlebusch und dann ... stand es auf der Einladung für unsere Pensionäre zum diesjährigen, gemeinsamen Ausflug am 8. September — am 2. Jahre findet er statt. Da Vorfreude die schönste Freude ist ..., man braucht sich folgendes zu merken (wenn nichts dazwischen kommt):

alle ungeraden Jahreszahlen
Automobil ausstellung
Frankfurt/M.
(1957/1959/1961/1963 usw.)

alle geraden Jahreszahlen
Pensionärsausflug Stahl-
und Röhrenwerk Reisholz
(1956/1958/1960/1962 usw.)

nach dem Einmaleins mit den
die Olympischen Spiele
(1956/1960/1964 usw.)

Aber, wie gesagt, wenn nichts dazwischen kommt in unserem Zeitalter der Knöpfchendruckerei — es könnte mal versehentlich das falsche sein! Kalender gibt's im allgemeinen nicht so weit voraus, man muß es sich also anders zu merken suchen (Rezept siehe oben) auf alle Fälle jedoch gesund bleiben! Schließlich müssen die Leistungen und Sonderleistungen unserer Betriebskrankenkasse — 50 Jahre ist sie nun alt; in diesem Heft wird ausführlich darüber berichtet — doch sichtbare Erfolge haben. Und erst das Gesundheitshaus mit seinem Jungbrunnen — der Sauna!

Aus der grafischen Darstellung auf Seite 151 kann man entnehmen, daß wir am 30. Juni 41 Pensionäre zählten, 310 waren der Einladung gefolgt. In Schildgen gab es deshalb eine ganz schöne Karawanserei mit den vielen Autobussen. Bitte, bedienen Sie sich selbst! Hier ist eine Auswahl von Bildern, die das „Unternehmen Schildgen“ festhalten.

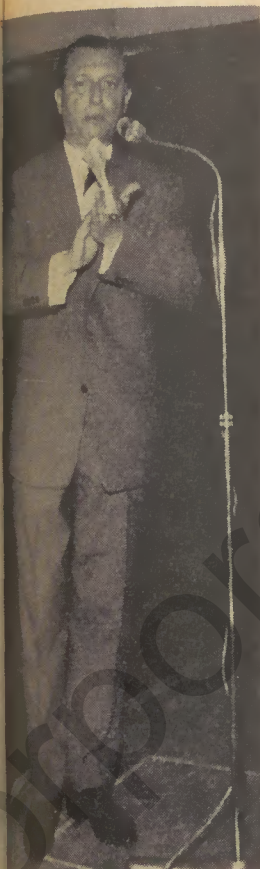


16 Uhr Nach dem Nachmittagskaffee
zwangloser Spaziergang im angrenzenden Waldgelände





Die Konferenz
bestritt
Frederic Eise



Alle
„Spätheimkehrer“
werden von nun
an mit weniger
Hemmungen zu
vorgeschrittener
Stunde den
Schlüssel in die
Tür zum
heimischen Herd
stecken, denn wo
wartet schon eine
Frau, die gleich
zwei Männer
schmeißt? —
3 Groschittis:
Die fabelhaften
Exzentriker

Das „Tischlein
deck' dich“ in
Gestalt einer
Kanne.
Unerschöpflich
fließen „harte
Sachen“ ins Glas,
so recht für Leute
von Stahl und
Eisen —
Salvaro und
Partnerin:
Ein Mosaik lustiger
Täuschungen



Vor noch nicht zu langer
Zeit wäre diese Nummer
nicht möglich gewesen.
Diese Gruppe nutzt die
Eigenschaften
der heute zur Verfügung
stehenden Leuchtstoffe
und trat im völlig
verdunkelten Raum auf. —
Die Legovs:
Eine herrliche Schau
jonglierter
Licht-Leuchteffekte



Todscheck im Stil der
zwanziger Jahre und noch
jedes Mal brüllt die
übernächste Generation
vor Lachen, wenn die
Fotos im Familienalbum
Erinnerungen an
zurückliegende Zeiten
wieder aufsteigen lassen.
Das sichert Nummer
wie dieser den Erfolg.
Giselle und Charles
Tanzvariationen



Verblüffend,
welche Wirkung mit einer
Tischdecke erzielt
werden kann.
Wer mal sehr knapp bei
Kasse ist, könnte die
Kleiderwünsche seiner
Frau vielleicht auf diese
Weise erfüllen?!
Die Redaktion ist
neugierig, über Ihre
Erfahrungen gelegentlich
etwas zu hören. —
Harry Bienenstein:
Komiker und Parodist



20 Uhr Rückfahrt



Fotos: Heinz Völker



Die deutschen Teilnehmer an der Studienfahrt mit Angehörigen der Firma Schneider-Creusot, zweiter von links der Verfasser unseres Beitrages.

Die gleichen Verkehrsprobleme — Nordsüdachse entlang der Rhone



BESUCH BEI MACHBARN

Von Erich Pohl
Verk. Oberb.

Fünf Wochen Frankreich, fünf Wochen Lyon! Wen reizt eine solche Fahrt nicht? Das bedeutet zunächst für den einzelnen, der noch nie in Frankreich war, etwas ganz Neues kennenzulernen. Andere Menschen, andere Sitten, eine andere Sprache. Das Erlebnis lockt. Und da wir vom Kennenlernen sprechen, sind wir auch gleich bei dem Grund, warum die Werke, die in der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie zusammengeschlossen sind, vom 19. Mai bis zum 20. Juni 1960 einen Schulungsaufenthalt von jüngeren Kaufleuten und Technikern organisierten.

Soll man in diesen wenigen Wochen die Sprache erlernen? Unmöglich. Wer jedoch seine Kenntnisse von Schule und Kursus mitbringt, kommt ein gutes Stück vorwärts und bekommt den Anstoß, weiterzulernen.

Warum wagt man aber den Besuch beim Nachbarn?

Kurz gesagt, um ihn kennenzulernen; den Nachbarn, der uns nur wenig bekannt ist und von dessen Lebensweise und von dessen Problemen wir nur unklare Vorstellungen haben.

In diesem Sinne war auch der Aufenthalt gestaltet. In Vorträgen von Fachleuten wurden wir in soziale, wirtschaftliche und politische Probleme eingeführt. Wir konnten immer wieder feststellen, daß viele Sorgen auch unsere eigenen Sorgen sind.

In Frankreich, vor allem in den Groß-

städten, herrscht Wohnungsnot. In den Städten ist kein Platz, also wird in den Vororten gebaut. Um Raum zu gewinnen, werden Hochhäuser errichtet. Alles Probleme, die jedem von uns bekannt sind und die auch wir zu lösen haben.

Übrigens: im allgemeinen baut man Wohnungen mit kleineren Zimmern als

bei uns, nicht so hell, nicht so viel Glas. Warum? Weil der Franzose auf behagliche Wohnen nicht oder noch nicht so viel Wert legt wie wir. Dafür gibt er mehr fürs Trinken und vor allem fürs Essen aus als wir. Man ist auch nicht so viel im Hause. Abends geht man fast regelmäßig aus.

Auch Verkehrsprobleme gibt es genug,



... neben manchem anderen zwei gut erhaltene Amphitheater, die vor zehn Jahren ausgegraben wurden.

nicht nur bei uns. Bei den engen Straßen und Gäßchen in Lyon zum Beispiel ist viel getan worden und viel zu tun, um den Verkehr überhaupt zu ermöglichen. Daneben gibt es Pläne auf lange Sicht, die ein Verkehrsvolumen bewältigen sollen, das in Frankreich jährlich um 30 Prozent zunimmt. — Französische Probleme?

Gemeinsame Probleme!

Parkhochhäuser gibt es in Frankreich kaum. Zum Bau von Parkhochhäusern wäre ein neues Gesetz erforderlich. Man behilft sich so, daß an geraden Tagen auf der einen Straßenseite, an ungeraden Tagen auf der anderen Seite geparkt werden darf. — Gleiche Probleme — verschiedene Lösungen.

Wenn man nach einem Begriff sucht, der für den Franzosen und für Frankreich kennzeichnend ist, so ist es die Vielfalt, die Uneinheitlichkeit. Man kann sagen, daß in diesem Punkt weitgehend ein Unterschied zu uns Deutschen besteht.

Es gibt eine Vielzahl politischer Parteien und politischer Meinungen; es gibt nicht wie bei uns eine, sondern drei große und viele kleine Gewerkschaften. Es gibt eine Menge von Sozialversicherungssystemen, die sich teilweise wieder überschneiden.

Zwischen Ärmelkanal und Mittelmeer gibt es große Klimaunterschiede und ebenso viele unterschiedliche Temperature.

Ob diese Vielfalt im Einzelfall Vor- oder Nachteil bedeutet, ist schwer zu sagen. Eine erfreuliche Beobachtung, die wir bei unserem französischen Nachbarn machen konnten, ist die, daß man sich nicht scheut, dem anderen eine gegenteilige Meinung zu sagen und daß man dies vor allem auch von anderen erwartet. Viele Franzosen sind temperamentvoll, können aber ruhig zuhören.

Besonders wichtig ist ein solcher Aufenthalt im Hinblick auf den Gemeinsamen Markt und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Das Ziel dieser Institutionen ist nach dem Willen der Schöpfer die politische und wirtschaftliche Einheit der Mitgliedstaaten. Bis dieses Ziel verwirklicht wird, ist noch ein weiter Weg zurückzulegen und sind noch viele Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Hindernisse, die in vielen Jahren und in drei Kriegen entstanden sind.

Wie weit sind wir auf diesem Wege zueinander? Man darf sagen, daß die erste Stufe, die wirtschaftliche Verschmelzung, in vollem Gange ist. Darüber hinaus war es auch für uns erfreulich, in Gesprächen mit vielen Franzosen festzustellen, daß man mehr und mehr das Gemeinsame sieht, das die beiden Nachbarvölker miteinander verbindet. Gerade bei der jüngeren Generation, bei Studenten und Schülern, haben wir Vorurteilslosigkeit und Offenheit feststellen können.

Bei einer Reihe von Betriebsbesichtigungen sahen wir, daß es bei den französischen Werken zwar noch viele veraltete technische Einrichtungen gibt, daß man sich aber im Hinblick auf den Gemeinsamen Markt modernisiert und konkurrenzfähig macht.

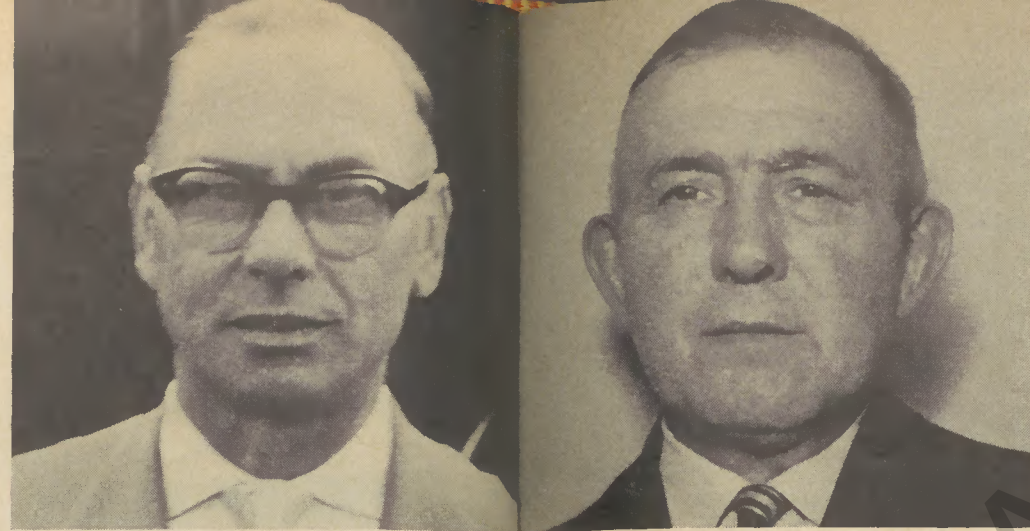
Auch die Stadt Lyon, die am Zusammenfluß von Rhone und Saone liegt, ist einen Besuch wert.

Die Stadt ist eine Römersiedlung aus dem Jahre 43 v. Chr. und birgt viele historische Sehenswürdigkeiten. Wer dort einen Besuch macht, kann neben manchem anderen zwei guterhaltene römische Amphitheater sehen, die vor etwa 10 Jahren ausgegraben wurden.

Lyon ist berühmt als Stadt der Seidenweberei. Und es gibt ein Viertel in der Stadt, in dem man fast in jedem Haus den Webstuhl klappern hört. Heute ist die Seidenweberei nur eine von vielen Industrien, die sich im Laufe der Zeit dort angesiedelt haben. So finden wir in Lyon eine Tabakfabrik, die chemische Industrie, Maschinenfabriken sowie die zweitgrößte Lastwagenfabrik Europas, die Usines Berliet.

Durch einen modernen Flughafen und einen Flußhafen ist Lyon mit den übrigen Wirtschaftsgebieten Frankreichs und des Auslandes verbunden. Der Besuch beim Nachbarn lohnt sich. Jede Initiative ist zu begrüßen, die darauf abzielt, das gegenseitige Verständnis zu fördern, den Nachbarn kennenzulernen und von ihm zu lernen.

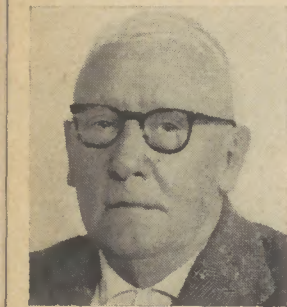
UNSERE JUBILARE



Willy Fuchs
Meister in den Erhaltungsbetrieben
Werk Reisholz
Eintrittsdatum: 24. 8. 1920

Carl Reuland
Vorführer in der Presserei
Werk Reisholz
Eintrittsdatum: 29. 8. 1920

25 jähriges Jubiläum



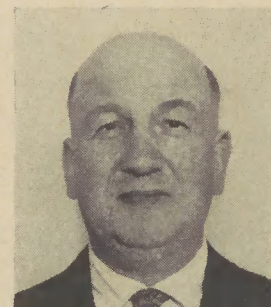
Peter Sieger
Wächter
Werk Reisholz
Eintrittsdatum: 15. 7. 1935



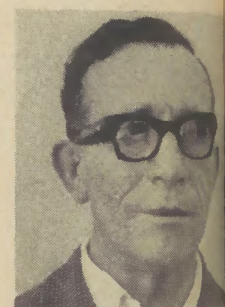
Josef Meyer
Vorarbeiter in der
Reparatur-Dreherei
Werk Reisholz
Eintrittsdatum: 8. 8. 1935



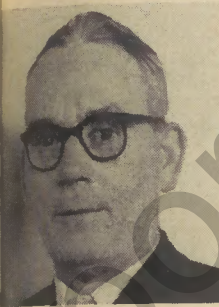
Hubert Nellessen
Dreher OSW
Werk Oberbilk
Eintrittsdatum: 8. 8. 1935



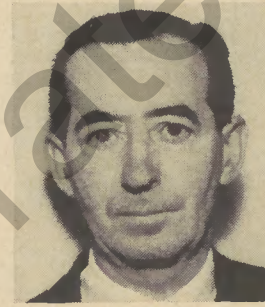
Georg Schultka
Angestellter in der Arbeits-
vorbereitung Rohrwerk
Werk Reisholz
Eintrittsdatum: 24. 8. 1935



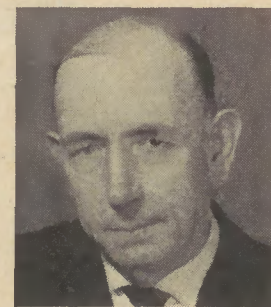
Jakob Jansen
in der Kaltzieherei II
Werk Reisholz
Eintrittsdatum: 26. 8. 1935



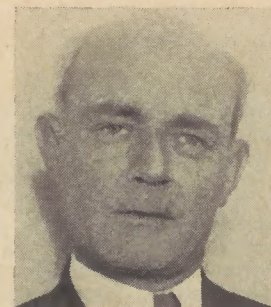
Carl Wimpers
in der Kaltzieherei II
Werk Reisholz
Eintrittsdatum: 27. 8. 1935



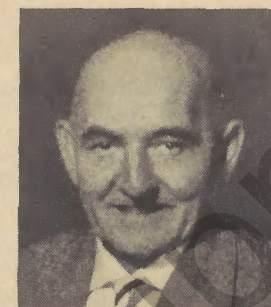
Otto Koehler
im Rohrschlangenbetrieb
Werk Reisholz
Eintrittsdatum: 29. 8. 1935



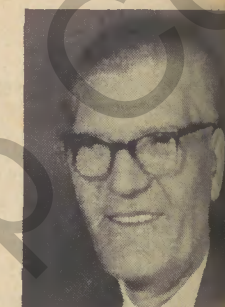
Martin Schneidawind
im Hammerwerk
Werk Reisholz
Eintrittsdatum: 9. 9. 1935



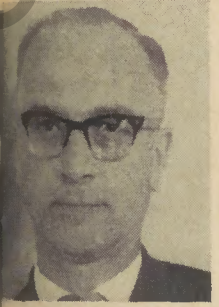
Karl Wegner
Dampfkranbegleiter
Werk Reisholz
Eintrittsdatum: 11. 9. 1935



Franz Boddenberg
Fahrradwächter
Werk Oberbilk
Eintrittsdatum: 15. 9. 1935



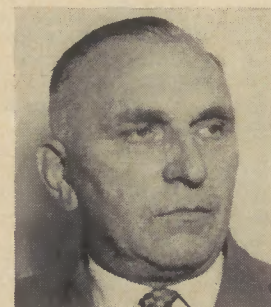
Walter Hoffmann
Schlosser in der
Kranschlosserei
Werk Oberbilk
Eintrittsdatum: 15. 9. 1935



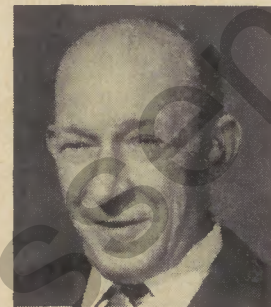
Johannes Caspary
angestellter in der
Betriebsbuchhaltung
Werk Reisholz
Eintrittsdatum: 16. 9. 1935



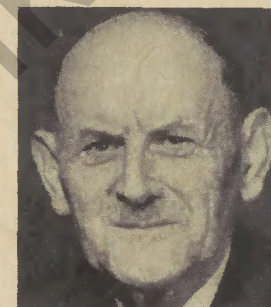
Erich Müller
im Rohrwerk
Werk Reisholz
Eintrittsdatum: 17. 9. 1935



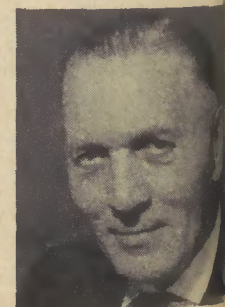
Wilhelm Chastinet
Schweißer in der
Mech. Werkstatt
Werk Reisholz
Eintrittsdatum: 20. 9. 1935



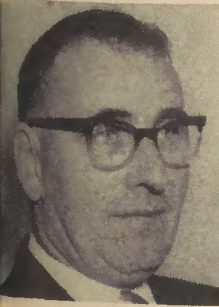
Otto Netzel
Wieger
im Martinwerk
Werk Oberbilk
Eintrittsdatum: 30. 9. 1935



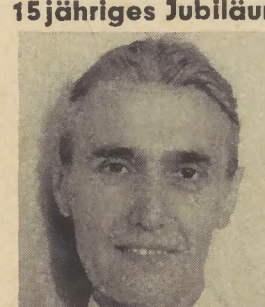
Theodor Glasmacher
Fahrradwächter
Werk Oberbilk
Eintrittsdatum: 1. 10. 1935



Alfred Jesse
Maurer
Werk Oberbilk
Eintrittsdatum: 1. 10. 1935



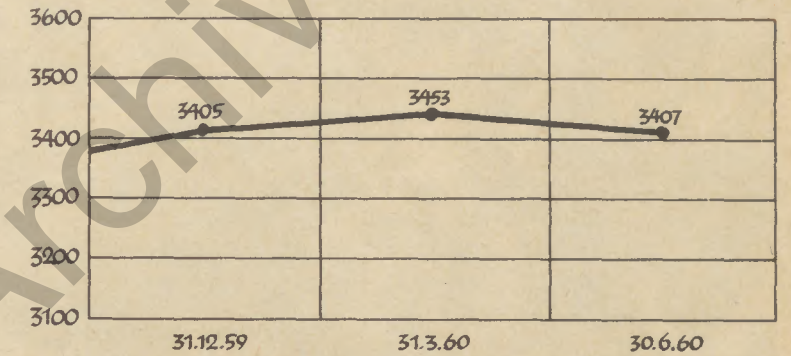
Johann Krämer
Schweißer
Werk Reisholz
Eintrittsdatum: 7. 10. 1935



Margarete Heine
Angestellte in der
Finanzbuchhaltung
Werk Reisholz
Eintrittsdatum: 6. 8. 1945

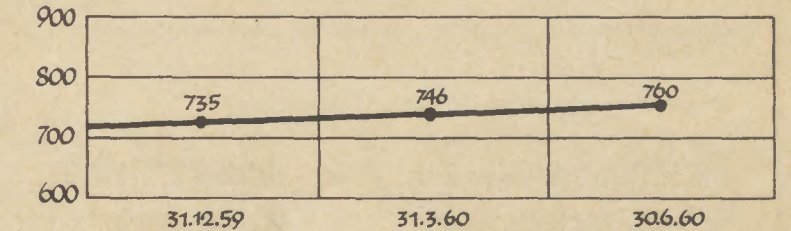
Zahl der Beschäftigten unseres Werkes

Lohnempfänger einschließlich gewerbliche Lehrlinge



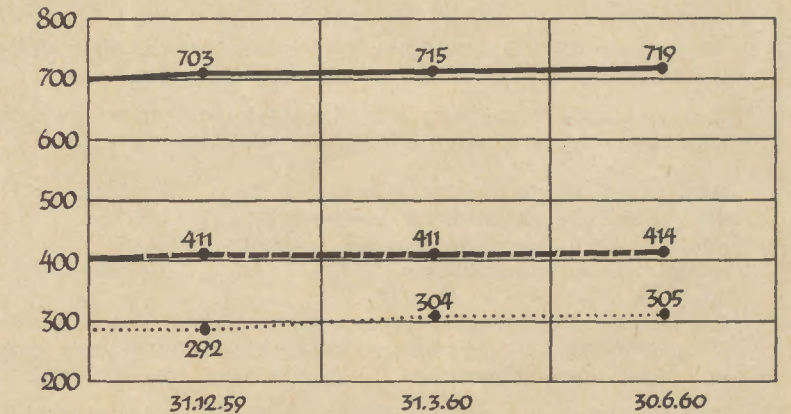
Zugang vom 1. 4. bis 30. 6. 60 = 214 Arbeiter
Abgang vom 1. 4. bis 30. 6. 60 = 260 Arbeiter
effektiver Abgang 46 Arbeiter

Angestellte einschließlich kaufmännische Lehrlinge



Zugang vom 1. 4. bis 30. 6. 60 = 43 Angestellte
Abgang vom 1. 4. bis 30. 6. 60 = 29 Angestellte
effektiver Zugang 14 Angestellte

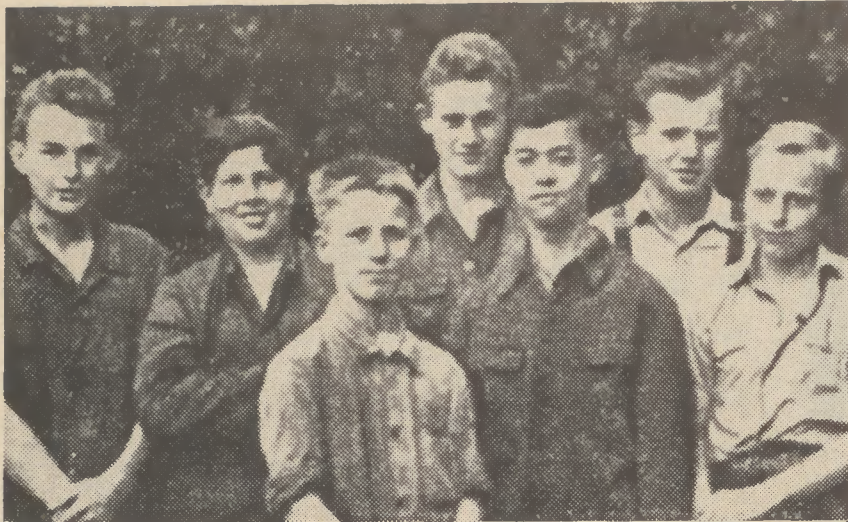
Pensionäre und Pensionärswitwen



gesamt: ————
Pensionäre: ————
Pensionärswitwen:
Zugang vom 1. 4. bis 30. 6. 60 = 10
(8 Pensionäre
2 Pens.-Ww.)
Abgang vom 1. 4. bis 30. 6. 60 = 6
(5 Pensionäre
1 Pens.-Ww.)

Wir begrüßen alle, die neu zu uns gekommen sind.

Unsere Bitte an alle anderen: Helft den neuen Kollegen, daß sie sich in der zunächst noch fremden Umgebung schnell zurechtfinden.



Suchen Sie

eine solide Berufsausbildung?

Dann nutzen Sie die Ihnen bei uns gebotenen Möglichkeiten!

Wir stellen zu Ostern 1961 Lehrlinge ein als

**Maschinenschlosser
Schmelzschweißer
Schmied
Starkstromelektriker
Dreher**

**Universalfräser
Waagrechtbohrer
Werkstoffprüfer
Industriekaufmann
Bürogehilfin**

Mit unseren 4500 Beschäftigten zählen wir nicht zu den kleinen Unternehmen.

Ihre praktische Ausbildung und Ihre intensive theoretische Schulung liegen in den Händen erfahrener Fachkräfte.

Neben anderen Vergünstigungen finden Sie **eine großzügig eingerichtete Lehrwerkstatt, moderne Aufenthalts-, Wasch- und Umkleieräume, neuzzeitliche Unterrichtsräume.**

Die schon jahrelang weit über dem Durchschnitt liegenden Leistungen unserer Lehrlinge bei den Lehrabschlußprüfungen beweisen den Erfolg unseres Bemühens.

Was Sie mitbringen müssen: Pflichtbewußtsein, Lerneifer und eine aufgeschlossene menschliche Haltung.

Was Sie dabei erreichen können: Aufstiegsmöglichkeiten in sämtlichen Abteilungen und eine gute Bezahlung.

Ihre Bewerbung mit Lichtbild, Lebenslauf und der Abschrift des letzten Schulzeugnisses richten Sie bitte an

Stahl- und Röhrenwerk Reisholz GmbH.

Personalabteilung
Düsseldorf-Reisholz, Henkelstraße 209

Für einen wesentlichen Teil aller Arbeitsplätze in der Wirtschaft werden Menschen mit ganz soliden Kenntnissen gebraucht, die sie durch eine gründliche Berufsausbildung gewonnen haben. In unserem Werk ist das nicht anders. Die Sorge um ausreichenden Nachwuchs ist ebenso wichtig wie die ständigen Bemühungen, die Produktionseinrichtungen auf den neuesten Stand technischer Erkenntnis zu halten. Beides trägt in gleicher Weise zum Bestand unseres Werkes bei. Im Augenblick ist es besonders schwierig, Berufsanfänger für diejenigen Fachrichtungen zu gewinnen, in denen wir Ausbildungsmöglichkeiten zu bieten haben. Es ist dies auch das erste Mal, daß wir uns der Werkmitteilungen bedienen, um alle unsere Leser damit bekannt zu machen. Die nebenstehende Anzeige erschien in den hiesigen Tageszeitungen. Unsere Bitte an Sie: Weisen Sie auf unsere freien Lehrstellen hin, wenn Sie in Ihrem Bekanntenkreis Jugendliche wissen, die sich noch nicht ganz schlüssig sind, was sie Ostern 1961 beginnen sollen. Eine gute Lehre ist immer noch eine solide Grundlage, auf der sich eine erfolgreiche berufliche Laufbahn aufbauen läßt.

Der Umworbene



Copyright: Die Welt (Hildesheim)



1908. Archiv
Beratungsstelle für Stahlverwendung

Durch den Tod gingen von uns:

Wilhelm Clemens

Pensionär
früher Maurer im Baubetrieb

22. 7. 1960 Werk Reisholz

Oskar Weber

Präzisionsrohrbetrieb

27. 7. 1960 Werk Reisholz

Wilhelm Adams

Pensionär
früher Mech. Werkstatt

30. 7. 1960 Werk Reisholz

Otto Lierhaus

Reduzierwalzwerk

9. 8. 1960 Werk Reisholz

Konrad Bressler

Preßbau

9. 8. 1960 Werk Oberbilk

Gerhard Kaiser

Reduzierwalzwerk

20. 9. 1960 Werk Reisholz

Gustav Schuff

Pensionär
früher Rohrkaltzieherei

26. 9. 1960 Werk Re'sholz

Aus unserer Werkbücherei

Mord. Angelsächsische Kriminalgeschichten von Edgar Allan Poe bis Agatha Christie. Auswahl und Vorwort von Mary Hottinger. — Zürich 1959: Diogenes Verlag. — 8°, 543 Seiten, Leinen

Es ist von einer Sammlung „Kriminalgeschichten“ die Rede, besser hieße es Detektivgeschichten. In diesen gewissermaßen klassischen Geschichten, die Literatur geworden sind, steht der Detektiv im Mittelpunkt — nicht der Verbrecher wie im Kriminalroman. In der alten Albatross-Sammlung waren „Verbrechergeschichten“, sogenannte Mystery stories, also reine Thriller, graugrün eingebunden; die echten Detektivgeschichten hingegen rot. Es muß eingestanden werden, daß einige der besten Verfasser von „Detektivgeschichten“ der neueren Zeit keinen Detektiv einführten. Doch blieb der Name hartnäckig haften, vielleicht um die geistvolle Spielerei gegenüber dem Thriller, der von Gewalt und Verbrechen ohne geheimnisvollen Hintergrund lebt, abzugrenzen. In der Detektivgeschichte geht es um die Jagd nach dem Verbrecher, um den Detektiv (wenn einer da ist) oder um die Aufdeckung des Verbrechens (wenn keiner da ist). Es ist eine der größten Schwierigkeiten für den Autor von Detektivgeschichten, seinen Verbrecher überhaupt interessant zu gestalten. Doch genug des Kollegs über die

Detektivgeschichte! Der Leser soll jedoch wissen, was ihn bei der von Mary Hottinger mit ebensoviel Sachverständnis wie Liebe zusammengestellten Sammlung erwartet. Das Buch beginnt mit dem Meisterstück „Der entwendete Brief“ — wer kennt ihn nicht? — von Edgar Allan Poe. Es folgen „Das gefleckte Band“ von Arthur Conan Doyle, Chesterton's „Verdächtige Schritte“ und Harrison's „Miß Hinch“. Sehr scharfsinnige und geistvolle, intellektuelle Spiele, psychologische Puzzlespiele, frappierend geschrieben (und übersetzt). Sie finden Dorothy Sayer's „Spiegelbild“ ebenso darin — die Verwechslungsgeschichte der Zwillinge könnte fast als Persiflage aufs Spaltungsirresein angesehen werden! — wie Dashiell Hammett's „Der Mond von Farewell“, Charlotte Armstrong: Nimm's nicht tragisch und Agathe Christie: Der Nemeische Löwe. Selbstverständlich erhebt die Sammlung keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Aber sie kann Anreiz werden, sich nach weiteren Stücken dieses reizvollen — und das Denken schulenden — Unterhaltungsspiels umzusehen.

Franz Kafka: **Der Prozeß.** Roman. — Frankfurt 1958: S. Fischer Verlag. — 8°, 325 Seiten, Leinen
Jeder, der sich zu den Gebildeten zählt, spricht von diesem „Ro-

man". Aber hat er ihn wirklich gelesen? Es geht wie mit Cervantes „Don Quichote“. Wie wenige haben ihn tatsächlich gelesen? Aber mit Brocken seiner Philosophie schmücken sich alle und wenn sie nur von den Windmühlenflügeln reden, gegen die man vergebens kämpfen soll... Nach der Lektüre von Kafkas „Prozeß“ bleibt ein dumpfes Gefühl zurück. Hätte man es im Sinne des Dichters gelesen, was wäre dann? Dumpfheit, Ausweglosigkeit oder Anerkenntnis einer Notwendigkeit? Hat Kafka sein Buch überhaupt für Leser geschrieben oder ist es ein quälendes Selbstgespräch, ein Heraufkommensehen anonymer Mächte oder ein sich halb willig, halb resigniert Unterordnen unter DIE MACHT ÜBER UNS? Fragen, die wir kaum lösen werden und die nach uns kommen, vielleicht auch nicht!

Der vor einem imaginären Gericht Angeklagte trachtet die Schuld, die ihm zu Lasten gelegt wird, den ganzen Roman hindurch zu ergründen. Die Anklageschrift ist ihm wie seinem Advokaten unerreichbar, aus den Verhören nichts zu erschließen. Die Schuld steigert sich dadurch, daß K. sich gegen sie wehrt, Ausflüchte und Hilfe sucht. Trotz ihrer Immaterialität ist sie konkret, mit unerbittlicher Präzision erfolgt die Verurteilung zum Tod, das unbekannte Gesetz erfüllt sich. Obwohl die Erscheinungsformen der Kausalität im gewohnten Sinne aufgehoben, die Vorgänge rätselhaft bleiben, spürt jeder Leser die unabwendbare Notwendigkeit und die unentrinnbare Macht, die alles durchwaltet. (S. Fischer Verlag) „Spätere Zeiten werden sich ein Spiel oder auch einen Ernst daraus machen, die Seismographen unserer Epoche nachträglich zu lesen und eine Reihenfolge und Rangordnung jener Symptome der Beunruhigung, Erschütterung und Verzweiflung aufzustellen, welche der Zusammenbruch der Christenheit in einigen Denkern und Dichtern hervorgebracht hat... Ich glaube, daß zu jenen Seelen, in welchen die Vorahnung der großen Umwälzungen schöpferisch, wenn auch qualvoll zum Ausdruck kam, für immer der Dichter Kafka wird genannt werden, der im Jahre 1924 gestorben ist. Daß er nicht nur ein Dichter von seltener Intensität der Gesichte war, sondern auch ein frommer Mensch, ein Religiöser, wenn auch einer von den problematischen, die zum Typus Kierkegaards gehören, ist längst erkannt worden.“ (Hermann Hesse)

Aus der Personalabteilung

Dr. Ing. **Friedhelm Blecher** ist bei uns seit dem 1. September als Stellvertreter des Leiters unserer Hauptabteilung Neubau/Planung und Konstruktionsbüro Neubau tätig.

Hans Blume, Verkehrsabteilung, und **Karl Heuser**, Bestellsbuchhandlung, wurde Handlungsvollmacht erteilt.

Als Betriebsassistenten wurden verpflichtet

Ing. **Helmut Post** für das Walzwerk innerhalb des gesamten Rohrwerks ab 1. Juli 1960.

Ing. **Hans-Jürgen Nagora** für die Elektrische Werkstatt Reisholz innerhalb der Erhaltungsbetriebe,

Ing. **Helmut Rheinländer** für die Rohrwerkskaltbetriebe innerhalb des gesamten Rohrwerks, beide ab 1. Oktober 1960.

Ing. **Rolf Köchling** für die Rohrwerkskaltbetriebe innerhalb des gesamten Rohrwerks ab 1. November 1960.

Wichtiges mit wenig Worten

Wilhelm Klein wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 1960 zum Meister für den Erhaltungsbetrieb Oberbilk ernannt.

Ein falscher Name

oder besser, ein nicht ganz richtiger Name stand unter dem Bild des einen unserer beiden 40jährigen Jubilare in der letzten Ausgabe der Werkmitteilungen. Buschhüter mußte es heißen, und wir berichtigen uns gern.

ES IST GEÖFFNET...

Hauptkasse

Kassenstunden montags bis freitags
9.00 bis 12.00 Uhr
13.00 bis 15.30 Uhr

die Betriebskrankenkasse

werkseitig montags bis freitags
13.00 bis 15.30 Uhr
straßenseitig
montags bis freitags
9.00 bis 12.00 Uhr
13.00 bis 15.30 Uhr

das Lohnbüro Reisholz

straßenseitig
montags bis freitags
9.00 bis 12.00 Uhr
werkseitig
montags bis freitags
13.00 bis 15.30 Uhr
am Vortage der Lohnzahlung
Jeweils geschlossen

Sozialabteilung und Grundstücksverwaltung

montags bis freitags
10.30 bis 15.30 Uhr

Bücherei Reisholz (Unterhaltung)

montags und donnerstags
11.00 bis 13.00 Uhr und 13.30 bis 15.30 Uhr

Fachbücherei Reisholz

mittwochs und freitags
12.00 bis 13.00 Uhr

Unterhaltungsbücherei Oberbilk

montags und donnerstags
13.00 bis 16.00 Uhr

Arztsprechstunden Reisholz

montags, mittwochs, freitags
10.30 bis 12.00 Uhr
dienstags und donnerstags
14.00 bis 15.00 Uhr

Arztsprechstunden Oberbilk

montags, mittwochs, freitags
14.00 bis 15.00 Uhr
dienstags und donnerstags
9.30 bis 12.00 Uhr

Verbandstube

täglich 7.40 bis 17.00 Uhr
samstags 8.00 bis 12.30 Uhr

Medizinische Bäder-, Massage- und Bestrahlungsabteilung

montags bis freitags 7.40 bis 17.00 Uhr

Fußpflegedienst

montags bis freitags nach Vereinbarung

Sauna (Frauen)

montags 10.00 bis 18.30 Uhr Einlaß

Sauna (Männer)

mittwochs, donnerstags und freitags
11.00 bis 18.30 Uhr Einlaß

die Tankstelle

montags, mittwochs, freitags
6.00 bis 7.40 Uhr
13.00 bis 15.30 Uhr

Im Jahre 1947, als die Entnazifizierungswelle ihren Gipfel erreicht hatte, erzählte man sich folgenden Witz: Gespräch in einer Dienststelle einer Verwaltung: Du, Kumpel, schmeiß mich doch eben die Akte XY rüber! — Das gleiche bei der Trümmerbeseitigung, wo ein Arbeiter zum andern sagt: Verzeihen Sie, Herr Kollege, aber bitte seien Sie doch so nett und reichen Sie mir für einen Augenblick Ihre Schaufel! Dieser Witz fiel mir dieser Tage ein, als ich wieder einmal erfahren mußte, was für ein eigen Ding doch die Höflichkeit und vor allem, wie situationsgebunden die Höflichkeit ist.

Bisher glaubte ich immer noch, daß meine Eltern an mir ihre Pflicht redlich erfüllt hätten, indem sie mich neben gewissen materiellen Geschenken auch mit dem einen guten Erziehung bedachten. Inzwischen bin ich in tiefe Zweifel gestürzt worden, ob meine Eltern meine Erziehung zur Höflichkeit entweder nicht nachhaltig genug betrieben haben oder ob ihre Bemühungen in dieser Richtung bei mir auf unfruchtbaren Boden gefallen sind. Da ich glaube, meinen Eltern in dieser Hinsicht keinen Vorwurf machen zu können, wird es wohl an mir selbst liegen müssen.

Es ist aber auch recht schwierig, das, was man in der Familie gelernt hat, im Betriebe anzuwenden. Ich bin ehrlich genug zuzugeben, daß ich bis heute noch nicht mir darüber im klaren bin, ob man beim Betreten eines Zimmers der Verwaltung anklopfen soll oder nicht. Wenn dieser Arbeitsraum von mehreren Beschäftigten benützt wird, wird er eine von der Beschäftigungszahl abhängige und zum Teil erhebliche Größe besitzen müssen. Wenn ich also anklopfe, dann müßte ich das so kräftig tun, daß auch noch der in der entferntesten Ecke Sitzende hört, daß ein Fremdling Eintritt begehrt. Denn nur wenn er das 'Achtungssignal' des Anklopfens vernommen hat, kann er sich auf die Veränderung einstellen. Dazu gibt man ihm ja als Zeichen eigener Höflichkeit Gelegenheit, eben indem man ihn auf diese kommende Veränderung hinweist. Wird aber, wenn

man so kräftig anbumst, damit es alle auch hören, nicht der der Türe am nächsten Sitzende vor Schreck einen Herzinfarkt bekommen? Kann man es also mit seiner Höflichkeit vereinbaren, diesen einen solch möglichen Folgen auszusetzen?

Wie stellt sich aber das Problem, wenn man weiß, daß in dem Zimmer, das zu betreten man sich anheischig macht, nur ein einzelner Herr sitzt? Dieser Herr gehört ja überdies der 'high society' des Betriebes an! Also, anklopfen, zaghaft, bescheiden, in leicht vorgeneigter, lauschender Haltung, damit man a) überhaupt etwas durch die solide Eichentür hindurch höre und b) sein 'Nein' nicht etwa mit dem auffordernden 'Herein' verwechselt! Ist aber nicht allein schon dieses Ander-Türe-Klopfen ein Akt der Unhöflichkeit? Reißt man nicht auch damit schon den vielgeplagten Manager aus dem kühnen Höhenflug seiner Gedanken und zwingt ihn, sich nach einem geistigen Notlandeplatz umzusehen? Und ob, nach gehabter Störung, die Energieverluste aus dem erneuten Start nicht so groß sind, daß die vor der Störung erzielte Höhe überhaupt von ihm noch erreicht werden kann? Also war nicht so sehr das Anklopfen oder Nicht-Anklopfen, sondern die Störung zur Unzeit unhöflich!

Andererseits, könnte besagter 'high-societist' nicht in meinem Klopfen eine höfliche Boshaftigkeit sehen? Mit eben meinem Klopfen unterstelle ich ja die Möglichkeit, daß er sich mit etwas beschäftigte, das gar nicht zu seinen dienstlichen Obliegenheiten gehört? Klopft man nun oder klopft man nicht?

Mit dem Grüßen ist das nicht anders. Wenn man sich persönlich kennt, gibt es natürlich keinen Zweifel. Man grüßt ohne Abwägen des gegenseitigen Alters, der Dienststellung oder des Gehaltes zwecks Überlegung, wer mit dem Grüßen zeitlich in Vorleistung zu treten habe. Wie sieht das aber aus, wenn man sich persönlich nicht kennt, ja nicht einmal genau weiß, in welcher Abteilung und in welcher Funktion sich der mir Entgegenkommende in der Firma befindet? Gibt es auf diese Frage eine allgemeingültige Antwort? Wenn man sie bejaht, müßte ich nicht, wenn ich gerade bei Schichtwechsel

auf dem Wege zu meinem Arbeitsplatz den das Werk verlassenden Mitarbeitern begegne, laufend 'Guten Tag' sagen? Oder brauche ich das nicht, weil die Kollegen geistig bereits auf 'Freizeit' geschaltet haben?

Vor allem, wie ist das mit dem Grüßen, wenn ich eine Werkhalle betrete? Ist dies ein 'geschlossener' Raum, der zur menschlichen Intimsphäre gehört, bei dem also der Kopf unbedeckt bleiben muß? Trete ich aber barhäuptig ein, ist der Betriebsleiter unhöflich genug, mich hinauszukomplimentieren, weil ich keinen Schutzhelm trage! Und das Grüßen? Ich weiß zwar, schräg hinter zwei Werkbänken, mit dem Rücken zu mir in ungefähr 15 Meter Entfernung steht der Schlosser X und betrachtet seine Arbeit, an der Metallsäge, seitlich von mir, steht vornübergebeugt über seine Arbeit der junge Kollege, der auch in diese Halle gehört, am Schleifstein gleich neben der Tür der in seiner Bedächtigkeit und Ruhe sympathische ältere Kollege, vertieft in seine Arbeit. Soll ich nun laut grüßend die

Aufmerksamkeit aller auf mich lenken? Dabei ziehe ich doch ihre Aufmerksamkeit von der Arbeit ab!

Ich habe mir darüber Gedanken gemacht, wie man sich verhalten soll, ein schlüssiges Ergebnis fand ich nicht. Leider gehöre ich nicht zu diesen naiv-fröhlichen Gemütern, die alle und jeden grüßen, denen sie begegnen. Ich hege somit den begründeten Verdacht, daß mein Zweifel, ob es gerade im Augenblick richtig sei zu grüßen, nicht nur bei einem Kollegen mir den Ruf eines unhöflichen Menschen eingetragen haben wird.

Vielleicht bin ich aber zu pessimistisch. Könnte es nicht sein, daß die Kollegen auch höflich sind? Ihre Höflichkeit könnte möglicherweise so groß sein, daß sie meine scheinbare Unhöflichkeit entweder mit Nachsicht übergehen oder mir mit ihrem Gruß verrieten, daß ich sie grüßen kann. In England zeigt beispielsweise auch die Dame, indem sie zuerst grüßt, daß sie eine Bekanntschaft vor der Öffentlichkeit zugeben will.

Balthasar

